



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 298

Mittwoch den 20. Dezember

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlung in Frankfurt a. M. Heute erscheint der 26—28. Bogen (415—417.) des 25. Abonnements von 20 Bogen.

Preußen.

Berlin, 18. Dezbr. Der St.-Anz. enthält eine von dem General Wrangel unterzeichnete Dankfugung für die den Truppen der hiesigen Garnison erwiesenen Beweise freundlichen und herzlichen Wohlwollens.

Angekommen: Se. Excellenz der herzoglich-anhalt-dessauische wirkliche geh. Rath und Vorsitzende im Staats-Ministerium, Dr. Habicht, von Dessau. — Abgereist: Der großherzoglich hessische General-Major v. Schäffer-Beenstein, nach Frankfurt a. M. [Betrieb der Kunst-Angelegenheiten.]

Unter dem 14. Juli d. J. war über die in Aussicht genommene neue Organisation für die Verwaltung und den Betrieb der Kunst-Angelegenheiten von Seiten des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten eine öffentliche Erklärung und zugleich eine Aufforderung zur Einsendung hierauf bezüglicher Vorschläge an alle Theilnehmenden ergangen. Es ist dem Ministerium in Folge dessen eine bedeutende Anzahl von Mittheilungen zugegangen, welche zur Beleuchtung der einzelnen hierbei zur Sprache kommenden Gegenstände von den verschiedensten Gesichtspunkten aus Gelegenheit geben. Gegenwärtig ist nun auch die Einleitung getroffen, nach vorgängiger Ordnung des reichlichen Materials, darüber die erforderlichen Beratungen unter Zuziehung kompetenter Sachverständiger zu eröffnen und hieraus ein Gesetz über die Organisation der Kunst-Anstalten hervorgehen zu lassen welches bei dem bevorstehenden Zusammentreten der Kammer vorgelegt werden soll. (St. Anz.)

Dem Staats-Anzeiger ist folgendes Schreiben zugegangen:

Er. Hochwohlgeboren haben leider dem Ihnen im Namen der Mitglieder des ersten Senats des geh. Ober-Tribunals ausgesprochenen Wunsche:

sich bis auf Weiteres von den Sitzungen dieses Senats fernzuhalten, nicht Folge geleistet. Dies hat ein Zusammentreten der Mitglieder aller vier Senate des Kollegiums nöthig gemacht, damit wir uns über die nun zu treffenden Maßregeln vereinigen. — Wenn ich Ihnen das Ergebnis dieser Besprechung mitzutheilen habe, so meine ich, Sie vor Allem daran erinnern zu müssen, mit welcher kollegialischen Freundlichkeit Sie von uns Allen bei Ihrem früheren Eintritt in das Kollegium aufgenommen worden sind. Sie mögen daran ermahnen, in welchem Grade wir eine geänderte Lage der Dinge wichtig zu nehmen uns verpflichtet fühlen, welche uns die Nothwendigkeit einer Auflösung dieses Verhältnisses als unerlässlich erscheinen läßt. — In einer andern Stellung haben Sie sich zu Ansichten bekannt und diese mit Beharrlichkeit durchzuführen gesucht, welche mit den Auffassungen, die wir über Recht, Pflicht und Treue haben und unbedingt festhalten werden, in dem Maße entzweielt und schroff im Widerspruch stehen, daß es uns, wie Ihnen, nur auf das Aeußerste peinlich sein könnte, eine Gemeinschaft äußerlich fortzusetzen, die innerlich nicht mehr besteht. — Ich soll Sie daher auf einstimmiges Verlangen sämmtlicher Mitglieder des Kollegiums, mit Ausnahme des nicht zugezogenen Präsidenten Bornemann, dringend auffordern und ermahnen, Ihre bereits Schritte zu thun, welche zur Auflösung dieser Gemeinschaft führen könnten. — Zu dieser dringenden Aufforderung sind wir aber verpflichtet, nicht allein und nicht hauptsächlich in Rücksicht auf unsere Person, auch nicht bloß in Rücksicht auf Sie selbst, sondern vor Allem in Beziehung auf den höchsten Gerichtshof, dem wir angehören. Vor Gott und Menschen sind wir schuldig, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß diesem Gerichtshofe das Vertrauen und die Achtung des Landes erhalten werde. Das wäre aber unmöglich, wenn irgendwie die Vermuthung Anhalt erhielte, daß in demselben Ansichten Eingang oder auch nur Nachsicht gefunden hätten, bei denen man nicht ohne Grund Recht und Gerechtigkeit, die man in Anspruch nimmt, gefährdet finden würde. — Berlin, den 16. Dezbr. 1848.

(gez.) Mühlter.

An den königl. geheimen Ober-Tribunals-Rath
Hrn. Dr. Wardt
Hochwohlgeboren.

Die Mitglieder der Ober-Landesgerichte zu Ratibor, Bromberg und Münster haben sich an Se. Majestät den König resp. an den Justiz-Minister mit der Bitte gewandt, dahin zu wirken, daß die Ober-Landesgerichts-Präsidenten von Kirchmann und Gierke und der Ober-Landesgerichts-Direktor Temme nicht bei ihnen eintreten, sondern daß denselben wo möglich ein anderer Wirkungskreis angewiesen werde. Wir befinden uns in der Lage, diese Vorstellungen mittheilen zu können, und nehmen deshalb keinen Anstand, sie hier folgen zu lassen:

Ratibor, den 9. Dezbr. 1848. Die unterzeichneten Mitglieder des hiesigen Ober-Landes-Gerichts haben aus der in öffentlichen Blättern vielfach besprochenen Unterredung des Oberlandes-Gerichts-Präsidenten v. Kirchmann mit dem Unter-Staats-Sekretär Bassermann Veranlassung genommen, unter dem 22. November d. J. eine Erklärung über die darin vorgekommenen, den Hrn. v. Kirchmann schwer gravirenden Äußerungen von Lesern zu fordern. In seinem Antwortschreiben vom 24. November d. J. verwies er uns auf seine inzwischen veröffentlichte Berichtigung vom 21. Novbr. d. J. — Da inmittelst aber auch dieser Erklärung von dem Hrn. Unter-Staats-Sekretär Bassermann ein öffentliches Dementi gegeben worden ist, und Hr. v. Kirchmann seitdem geschwiegen hat, so haben wir uns erlauben zu dürfen, den Hrn. v. Kirchmann zu ermahnen: sich einen anderen Wirkungskreis zu eröffnen. Indem Er. Excellenz wie Abschrift unserer Schreiben vom 21. November und 9. Dezember d. J. gehorsamt überreichen, fügen wir die dringende Bitte bei:

Aus den in den letztgedachten Schreiben angeführten Gründen erweichen hierauf gerichteten Anträgen des Hrn. v. Kirchmann jede mögliche Berücksichtigung angedehnt zu werden. (Unterschriften.)

Gerechter Herr! Aus der beiliegenden Nr. 120 der Neuen Preuss. Zeitung werden Sie ersehen, welche Unterredung zwischen Ihnen und dem Unter-Staats-Secretär Bassermann in öffentlichen Blättern und zwar, wie wir ausdrücklich bemerken, nicht bloß in der Neuen Preuss. Zeitung mitgeteilt wird. — Die Unterzeichneten haben die Ehre, Mitglieder eines Gerichtshofes zu sein, dem auch Sie die Ehre haben, anzugehören. Wir gehen zwar von der Voraussetzung aus, daß Sie die Ihnen in den Mund gelegten Bedingungen, in denen wir einen offenen Angriff auf das constitutionelle Königthum finden müßten, nicht proponirt haben. Da aber von Ihnen bisher jener Mittheilung nicht widersprochen worden, dieselbe auch vielleicht nicht zu Ihrer Kenntniß gekommen ist, so erlauben wir Sie um die einfache, aber schleunige Beantwortung der Frage: „ob jene Mittheilung wahr ist oder nicht?“ damit wir dasjenige öffentlich thun können, was nach unserer Ueberzeugung die Ehre und Würde des Gerichtshofes, dem wir gemeinschaftlich angehören, schleunigst erweist. — Ratibor, den 21. November 1848. — (Unterschriften.)

Herr Präsident! Wie verschiedenartigen Beurtheilungen Ihre Erklärung vom 21ten v. M. auch unterliegen mag, so glaubten wir unterzeichnete Mitglieder des hiesigen Ober-Landesgerichts doch, von unserem Standpunkte aus, uns bei derselben betheiligen zu müssen. Inzwischen ist jedoch die Sache durch die neuerlich veröffentlichte Erklärung des Unter-Staats-Secretärs Bassermann in eine ganz neue Lage gekommen. Es werden Ihnen darin nicht nur wiederholt Äußerungen in den Mund gelegt, welche mit einer tonalen constitutionellen Gesinnung unvereinbar sind, sondern Sie werden noch obendrein einer Entstellung der Wahrheit in Ihrer Erklärung vom 21. November d. J. geradezu beschuldigt. — Wir Unterzeichneten sind der Ansicht, daß ein Justizbeamter Beschuldigungen so schwerer Art nicht auf sich sitzen lassen darf, und erwarten daher zuversichtlich eine öffentliche Widerlegung derselben, welche keine Schwierigkeiten haben konnte, da die Herren Grabow und Gierke Zeugen der ganzen Unterredung gewesen waren. Wir sehen uns in dieser Erwartung getäuscht und müssen Ihnen namentlich unsere reichlich überlegte und entschiedene Ansicht dahin zu erkennen geben: „daß die vorliegenden Thatfachen in uns die Ueberzeugung begründet haben, daß ein erpichtliches kollegialisches Zusammenwirken mit Ihnen unmöglich ist, und daß es daher gleich sehr in Ihrem eigenen, als in unserem und im Interesse der Rechtspflege überhaupt liegen würde, wenn es Ihnen gelänge, sich einen anderen Wirkungskreis zu eröffnen.“ — Wir haben Abschrift dieses Schreibens dem Herrn Justizminister mitgeteilt, um Ihnen in dieser Beziehung etwa zu formirenden Anträgen wo möglich einen grö-

ßeren Nachdruck zu verschaffen. — Ratibor, den 9. Dezbr. 1848. — (Unterschriften.)

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König! Allerhöchster König und Herr! Der im Sommer d. J. zum Direktor des hiesigen Ober-Landesgerichts beförderte frühere Staatsanwalt Temme, nach kurzer Anwesenheit hier selbst als Abgeordneter zur National-Versammlung nach Berlin berufen, hat der von Er. Majestät vermögten vollen unantastbaren, auf schwerer Verpflichtung beruhenden Rechts angeordneten Vertagung der National-Versammlung und deren Verlegung nach Brandenburg zuwider, unvordersprochenen Nachrichten öffentlicher Blätter zufolge, nicht nur den von einer Fraction der verlagten Versammlung gehaltenen ungesetzlichen Sitzungen beigewohnt, sondern auch für den Antrag auf Steuerverweigerung gestimmt und an dem beschlossenen Beschlusse sich betheiligt. — Durch ersteres hat er sich, jene Nachrichten als richtig vorausgesetzt, unserer Ansicht nach, in offenbare Auflehnung gegen Er. königlichen Majestät Regierung gesetzt durch letzteres den Boden der Revolution betreten und wesentlich den Feuerbrand der Anarchie in das Vaterland zu schüren gesucht. Es widerspricht unserem Rechtsgefühl, den Anforderungen des Publikums an die Integrität des Direktors eines Landes-Justizkollegiums, den Verpflichtungen desselben hinsichtlich der Ausbildung der angehenden Justizbeamten und seiner Stellung zu den Untergerichts-Beamten, daß nach solchen Vorgängen der 2c. Temme in seiner amtlichen Stellung zu dem hiesigen Kollegium verbleibt. — Er. königliche Majestät fühlten wir uns daher in unserem Gewissen gedrungen, den dringenden Wunsch: „uns außer aller amtlichen Beziehung zu dem Direktor Temme gesetzt zu sehen“, allerunterthänigst auszusprechen. — Er. königlichen Majestät treuester Präsident, Räte und Aussen des Oberlandesgerichts. — Münster, den 9. Dez. 1848. — (unterschriften.)

Die Eingabe der Oberlandesgerichts-Mitglieder von Bromberg werden wir in einer der nächsten Nummern nachfolgen lassen. Von Seiten des Justizministers Minteln sind diese Vorstellungen den Präsidenten von Kirchmann und Gierke und dem Direktor Temme zur Kenntnissnahme und zu ihrer Entschliessung abschriftlich zugesertigt worden. Falls von andern Gerichtsbehörden noch fernere Vorstellungen der Art gegen Beamte gleicher Lage eingehen, behalten wir uns vor, auch diese, so wie die von den betreffenden Beamten darauf abgegebenen Erklärungen, so weit wir Kenntniß davon erhalten, mitzutheilen. (St. Anz.)

† § Berlin, 18. Dezbr. [Politische Prophezeiungen aus dem Jahre 1831.] Für Frankreich beginnt mit der Wahl Louis Bonaparte's zum Präsidenten eine neue Phase der Entwicklung, in welcher auch diesmal, wie die Geschichte der letzten sechszig Jahre wiederholt erwiesen hat, die Geschicke unsers Erdtheils hineingezogen werden dürfen. Daraus erklärt sich die Spannung, mit welcher zumal Deutschland, obgleich es mit der Gestaltung seiner innern Verhältnisse vollauf zu thun hat, auf das Wahl-Resultat in Frankreich hinsieht. Man prophezeit als Folge einer Napoleons-Wahl einen europäischen Krieg. An Ursachen und Gründen, wenn man sie sucht, wird es freilich nicht fehlen. Welche Aussicht gewährt aber ein europäischer Krieg der Civilisation unsers Erdtheils. Lamartine, der große politische Seher, antwortete auf diese Frage schon in seiner Schrift über nationale Politik im Jahre 1831: „Derjenige, welcher den Krieg aus den Falten seines Mantels schütteln wird, zieht die Verantwortlichkeit eines mit entsetzlicher Verwirrung, mit Mord, Blut und Sklaverei erfüllten Jahrhunderts auf sein Haupt; er thut, was Belgien und Holland thun würden, wenn sie ihre Dämme zerstörten und ihren Ozeanen einen Weg öffneten: Nationen und Personen, Freheiten und Grundsätze, Freunde und Feinde, Alles würde verschlungen werden.“ Allenannten Lamartine einen politischen Seher, denn er hat in der erwähnten Schrift das heilige Schicksal Frankreichs auf überraschende Weise vorgezeichnet. Vor siebenzehn Jahren entwarf dieser Mann jene Skizze der po-

Itischen Entwicklung, die heute zur Wirklichkeit geworden ist. Er sprach es damals aus: „die politische Tugend ist es, welche uns fehlt, und gerade dies erweckt Zweifel an uns selbst in mir, und macht mich für uns zittern! Die politische Tugend? Ich weiß, daß die Freiheit sie erzeugt, indem sie dieselbe ausübt, aber es bedarf deren schon, um die Freiheit ertragen zu können; als Rom nur noch einen Cato zählte, war Cäsar nicht fern.“ Nachdem er sodann den politischen Mann gezeichnet hat, der, ein Christoph Columbus, der Freiheit, fähig wäre, einen flüchtigen Blick in die andere politische Welt zu werfen, uns von ihrer Existenz zu überzeugen, und uns durch seine überzeugende Beredsamkeit und seinen gewaltigen Geist dahin zu führen.“ — Die Franzosen glaubten am 24. Februar d. J. diesen Mann in Lamartine selbst gefunden zu haben — weißt er das, was heute eingetroffen ist in folgenden Worten: „In Ermangelung der politischen Tugend in dem Lande, wird sich beim ersten Erbeben der Gewalt, bei dem ersten Windstoße auf dem stürmischen Meere der Freiheit, ein allgemeines Geschrei erheben: Laßt uns zurückkehren, laßt uns lieber den schon zurückgelegten Weg verlieren, ziehen wir die Segel ein, kehren wir nach der Vergangenheit zurück, auch der unsicherste Hafen wird uns schon willkommen sein. Der unbedeutendste, unwissendste Mensch wird den kleinen Hut und den grauen Oberrock ergreifen, wird sich für einen Bonaparte halten, die Civilisation und die Freiheit von den Ästen bis zur Wurzel zerstören, und sagen: Mein Volk; kiz man bemerkt, daß der Held nur ein Hanswurst ist, und daß man sich nach einem andern umsieht, der sich im Gewande der Tyrannie weniger schlecht ausnimmt und die Sklaverei besser ausschmückt. Dieses freie Volk liebt die Freiheit nicht genug; es glaubt immer den Tempel des Ruhms zu sehen mit einem Helden unter dem geöffneten Portale, um es zu empfangen und an einer neuen Anarchie zu rächen; es täuscht sich, der Held existirt nicht mehr, und die Freiheit ist seine einzige Zufluchtsstätte.“ — Ist das nicht eine klare Bezeichnung der Lage der Dinge im heutigen Frankreich, und dies aus dem Jahre 1831. Wird aber Lamartine nicht aus der Erfüllung seiner Weissagung die Lehre ziehen, daß Frankreich nicht auf dem Wege der Republik das Ziel seiner socialen Wiedergeburt, die Erweckung der politischen Tugend zu erreichen gesonnen ist. — Das statistische Resultat der gegenwärtigen Wahloperation in Frankreich macht hunderte von politischen Combinationen zu Schanden; es zeigt sich hier die solide Kraft der Zahlen, die Bedeutung der Statistik gegenüber den schärfsten Raisonnements; auch offenbart sich hier das Geheimniß direkter Wahlen, dieses zweischneidigen Schwertes für die Entwicklung der Völker. In so kurzer Frist hat die Weltgeschichte noch niemals eine so große Abnutzung von Popularitäten aufgewiesen, wie in diesem Jahre Frankreich an Männern, wie Lamartine und Cavaignac. Ist hier nicht die trefflichste Gelegenheit geboten, daß Deutschland die Erfahrungen und lehrreichen Beispiele Frankreichs sich zu Nutzen machte. Doch wir wissen, daß dies fromme Wünsche sind; denn Eins steht nur fest: die Geschichte lehrt, daß die Völker nichts auslern.

(*) Berlin, 18. Dezbr. [Fortgesetzte Nachrichten über Einleitung von Untersuchung gegen Abgeordnete. — Denkschriften von Robbertus und Unruh. — Wahl-Operationen.] Bei der ohne Zweifel bevorstehenden Criminal-Untersuchung gegen diejenigen Abgeordneten, welche an dem Steuerverweigerungsbeschlusse Theil genommen, scheint zuerst gegen die darunter befindlichen Justizbeamten und Richter vorgegangen werden zu sollen. Dies wird allerdings die am schwierigsten zu behandelnde Gruppe der Anzuklagenden sein, da die Bestimmung über die Unabsehbarkeit des Richterstandes, welche in jedem freien Staatsleben als ein heiliges Dogma gilt, auch in der neuen Verfassungs-Urkunde ihre unverrückbare, nur dem positiven Gesetz gehörende Stelle erhalten hat. Wie wir aber einer zuverlässigen Mittheilung entnehmen, hat bereits der Justizminister Mintelen an den Ober-Appellationsrat des Kammergerichts die offizielle Aufforderung ergötten lassen, daß derselbe sich über die Zulässigkeit einer gegen diese Justizpersonen einzuleitenden Untersuchung aussprechen möge. Auch soll der Justizminister bereits eine sofortige Suspension dieser ehemaligen Abgeordneten von ihren Ämtern beantragt haben. — Man erwartet in diesen Tagen einige Denkschriften, welche von Seiten der Nationalversammlung selbst zur Rechtfertigung ihrer Stellung seit dem 9. November ausgehen werden. Die eine derselben, die wahrscheinlich zuerst im Druck erscheinen wird, hat Herr Robbertus verfaßt, und man darf sich von seiner ruhigen und entschiedenen Darlegungsweise eine überzeugende und aufklärende Wirkung versprechen. Hr. Robbertus blieb sich bekanntlich am consequentesten in dem Beschlusse, nicht nach Brandenburg zu gehen und hielt für seine Person bis zum letzten Augenblicke daran fest, während seine eigene Fraktion sich schon auf die Reise nach dem Brandenburger Dom begeben hatte. Für einen besonderen politischen Kopf hat man ihn freilich auch

innerhalb seiner Fraktion niemals gehalten. Eine zweite Denkschrift, der wir entgegensehen, wird den Präsidenten des Rumpfparlaments, Herrn v. Unruh, zum Verfasser haben. Die große verantwortliche Stellung, in der sich Herr v. Unruh in den verhängnisvollsten Tagen Preußens dem Lande gegenüber befunden, scheint ihm allerdings die Pflicht aufzuerlegen, sich in einem Memoire über den inneren Zusammenhang dieser Ereignisse und über seinen leitenden Antheil daran auszusprechen. Der Charakter des Herrn v. Unruh möchte zu den unangreifbarsten der Nationalversammlung gehören, und nur der politische Ehrgeiz, der stets auf den Punkt der Ministerkrise feberhaft vibrierte, wird dem sonst einfachen und haltungsvollen Manne allgemein zur Last gelegt. — Unsere demokratischen Wahloperationen wenden sich mit einem ganz richtigen Instinkte besonders lebhaft den Wahlen für die erste Kammer zu. Es bestehen bereits mehre Comit's dieser Art, und in dem einen ist der Plan gemacht worden, eine regelmäßige Steuer auszufordern, um für die demokratischen Mitglieder der ersten Kammer, die nicht aus eigenen Mitteln tagen können, die Diäten aufzubringen. Man soll sich dabei der allerdings sehr splendiden Berechnung hingeeben haben, daß im preussischen Staat eine Million Demokraten befindlich seien, und wöchentlich 2 Sgr. in diese Kasse zahlen würden. Dies würde freilich schon eine gewaltige Summe ergeben, mit welcher die Demokratie mehrere Kammern zum höchsten Diätensatz bezahlen könnte. Vielleicht sind aber hier die Voraussetzungen falsch. Das Wahl-Comit'e der Rechte, welches vornehmlich unter Leitung des Herrn Parkort steht, wirkt mit bedeutenden Mitteln, sendet Agenten in alle Provinzen, und gewinnt auch bereits auf die hiesigen Wahlmänner-Wahlen in stark verzweigten Kreisen Einfluß.

C. C. Berlin, 18. Dezbr. [Bürgerwehr. — Eine Untersuchung aus der Zeit vom 19ten März. — Der Belagerungszustand.] Auf das vielfach verbreitete Gerücht hin, daß der König eine Anzahl, man spricht von 10,000 Gewehren, zur Armierung der hiesigen Bürgerwehr anfertigen lasse, hat sich ein Verein gebildet, der allmählig über alle Bürgerwehbezirke sich ausbreiten will und dessen Mitglieder sich verpflichten, von diesen geschenkten Waffen keine anzunehmen. — Mehrere hiesige Eigenthümer haben sich vereinigt zur gerichtlichen Verfolgung Derer, welche in der Nacht vom 18. zum 19. März den Brand der Artillerie-Schuppen und der Eisengießerei-Gebäude veranlaßt haben. Einige der Eisengießerei-Gebäude nämlich waren in der städtischen Feuerkasse noch mit 49,000 Thlr. versichert, und diese Summe fällt jetzt der genannten Kasse, resp. den hiesigen Hausbesitzern zur Last. Drei der Ansteller jenes Brandes kennt man; einer derselben soll nicht ohne bedeutendes Vermögen sein. — Unser Belagerungszustand wird dem Vernehmen nach bis nach Eröffnung der Kammer-Sitzungen dauern. Behufs der Wahlen aber wird jede mögliche Bewegung und Versammlung freigegeben werden. — Herr Jung hat ein zweites Sendschreiben an seine hiesigen Wähler vom Stapel gelassen.

D. C. Berlin, 18. Dez. [Petition wegen Aufhebung des Belagerungszustandes. — Maschinenbauer-Verein. — Königl. Tagesbefehl an die Garde.] Von einer Anzahl Mitglieder des Central-Bezirks-Vereins wird folgende, zur Ueberreichung an das Ministerium bestimmte Petition, Behufs Sammlung von Unterschriften aus der Bürgererschaft Berlins, heute in Umlauf gesetzt: „Von einem hohen Staatsministerium ist es als eine Nothwendigkeit erachtet worden, Berlin in Belagerungszustand zu erklären. Fünf lange Wochen lastet diese Maßregel auf unserer Stadt und mancherlei Anordnungen lassen uns mit Grund befürchten, daß ihr Endziel nicht nahe sei. Nach der Erklärung eines hohen Ministeriums ward jene Maßregel nur zur Herstellung gesetzlicher Ruhe und Ordnung ergriffen; nirgends war es ausgesprochen, daß sie zur Entehrung der Bewohner Berlins verfügt sei. Die Unterzeichneten können in der überflüssigen Fortdauer eines solchen Zustandes nur eine unverdiente Beschämung und Erniedrigung finden. Ueberdies legt ihnen die angeordnete Wahl der Wahlmänner die Pflicht auf, durch freie Versammlungen, diejenigen Kandidaten kennen zu lernen, denen sie vertrauensvoll ihr Mandat zur Wahl von Deputirten übertragen dürfen. Unmöglich kann ein hohes Ministerium die Fortdauer eines unfreien Zustandes zur freien Wahl für geeignet und gerecht halten. Die Unterzeichneten fühlen sich daher zu dem gehorsamsten Gesuche veranlaßt:

„Ein hohes Staatsministerium wolle das Aufheben des Belagerungszustandes von Berlin hochgeneigt in möglichst kurzer Frist verfügen.“
Der Maschinenbauer-Verein, in dessen Innern schon seit längerer Zeit mannigfache Spaltungen und Zerrüttungen sich bemerkbar machten, hat sich jetzt förmlich aufgelöst, weil bei den, in den letzten Wochen gepflogenen Berathungen über die Errichtung einer Kranken- und Sterbekasse und die dadurch nöthig gewordene Modifizirung des Statuts eine Einigung der

verschiedenen weit auseinandergehenden Meinungen nicht erzielt werden konnte. — In Folge einer jener Prügelscenen zwischen Soldaten der Garderegimenter und der Linie, deren wir in frühern Nummern erwähnt haben und bei welcher die Garde der angreifende Theil gewesen, ist ein Tagesbefehl des Königs speciell an die Garde gerichtet und an die ganze hiesige Garnison mitgetheilt worden, ungefähr folgenden Inhalts: „Die Garde solle sich durchaus nicht einbilden, sie sei um irgend etwas besser als die gewöhnliche Linie, vielmehr stehe sie mit derselben ganz im gleichen Range; wenn sie Treffen trage, so sei dies bloß ein äußerer Glanz, den sie ihrer speziellen Garnisonirung in den Residenzen zu verdanken habe; werde sie sich aber nochmals solcher Ueberhebungen gegen die Linie zu Schulden kommen lassen, so solle sie durch Verlust der Treffen bestraft werden.“

C.-B. Berlin, 18. Dezbr. [Der Rislersche Entwurf einer Civilprozeß-Ordnung. — Vermischte Nachrichten.] Der (schon jüngst erwähnte) „Entwurf einer Civilprozeß-Ordnung“, wie er im Ministerium Auerwald berathen war, unterscheidet sich wesentlich von dem durch Herrn Risler vorgelegten und, wie es scheint, von dem gegenwärtigen Regime beifällig angesehenen Plane. Nach diesem soll in den östlichen Provinzen eine Veränderung nur in der äußeren Gestalt der Gerichte stattfinden; es sollen durchgängig kleine kollegialische Gerichte (Stadt- und Kreisgerichte) mit einer Einwohnerzahl von etwa 50,000 eingerichtet werden. Im Uebrigen bleibt es im Wesentlichen bei dem Alten: die Staats-Anwaltschaft wird für Civilsachen nicht eingeführt; das Prozeßverfahren bleibt zwispeitig, theils öffentlich und mündlich, theils geheim und inquisitorisch mit der schriftlichen Referirmethode; die Gerichtsordnung von 1783 mit allen Anhängen und Zusätzen bleibt in Anwendung; die Gerichte behalten die Verwaltungssachen, Richter und Advokaten, letztere mit einem neuen Amstittel, bleiben was sie sind. Die unter Vornemann berathene Gerichtsorganisation bezweckt, mit Aufhebung der Eigenthumsgerichte und des criminellen Gerichtsstandes, sowie mit allgemeiner Einführung des Instituts der Staatsanwaltschaft eine Gleichförmigkeit der Gerichts-Einrichtungen durch das ganze Land. Ein wiederholt bearbeitetes Gesetz schlägt zwei Stufen von Gerichten vor: Erstinstanzgerichte und Appellationsgerichte, und an der Spitze aller einen höchsten Gerichtshof als Kassations-Gericht. Die Gerichte erster Instanz, Landesgerichte genannt, sollen nach dem Muster der französisch-belgischen Gerichtsverfassung eingerichtet werden. Ihr Gerichtssprengel soll, je nach der mehr oder weniger dichten Bevölkerung 2—300,000 Seelen enthalten. Sie sollen die ganze Gerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen in sich vereinigen. Die Zahl der Richter soll so groß sein, daß sie die Beisitzer zu den Geschworenengerichten hergeben können, — ein Vortheil, welchen die beschränkteren Sprengel des Rislerschen Planes nicht gewähren können. Für minder wichtige Sachen und dringende Fälle, Polizei-Uebertretungen u. dgl. haben diese Gerichte eine ungemessene Zahl Einzelrichter unter sich. In dem Bezirke eines jeden Landesgerichtes tritt zur Entscheidung der durch das Gesetz bezeichneten Strafsachen von Zeit zu Zeit ein Assisenhof zusammen. — Appellationsgerichte waren ursprünglich für jede Provinz eins vorgeschlagen (dies würde jedoch durch die beabsichtigte Aufhebung der Provinzen, an deren Stelle eine Departemental-Eintheilung nach einem Zahlenverhältnisse eintreten sollte, modifizirt worden sein). — Das höchste Gericht (Obertribunal) soll in Berlin seinen Sitz haben und bis zur Verkündigung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für die ganze Monarchie durch eine besondere Abtheilung auch die Verrichtungen des höchsten rheinischen Gerichtshofes in Civilsachen versehen. Ein General-Staatsanwalt soll dem höchsten Gerichte zur Seite stehen zur Wahrung der Legalität der Beschlüsse aller Gerichte. Ebenso besteht eine Staats-Anwaltschaft bei den Landes- und Appellationsgerichten (bei den Gerichts-Aemtern (Einzelrichtern) nur für Strafsachen). Sie muß vor Erlassung jedes Urtheils gehört werden; sie hat auf die Handhabung der Ordnung bei den Gerichten zu achten, die Dienstführung der Notare, der Anwälte, der Civilstands-, Hypotheken- und Vollstreckungs-Beamten zu überwachen u. s. w. Sie ist Organ der Regierungsgewalt und von den Gerichten unabhängig. — Geschäftszweige, welche der Rechtspflege fremd sind, wie Führung der Hypothekendbücher, der Civilstandsregister, der Notariats-Geschäfte, Deposital- und Vormundschaftswesen, die Mitbenutzung der Gerichte zur Finanzverwaltung, werden der Verwaltung überwiesen. Die Verhandlungen sind in der Regel mündlich und öffentlich, ebenso die Entscheidungen, nur ein schriftliches Vorverfahren findet statt. In der Prozeßleitung soll, abweichend von dem französischen Verfahren, das Gericht eine seiner bisherigen analoge Stellung behalten. — Endlich soll die gänzliche Entlastung des Richterstandes von den Geschäften der Advokatur und Prokuratur den Advokaten eine freie Stellung erwirken. Die Advokatur selbst soll ein freies Gewerbe sein; der Eintritt in den Stand hängt

von dem Beschluß der zu einer Genossenschaft zu vereinigenen Advokaten des Gerichtshofes ab. — In einigen Bezirken beginnen bereits die Wahlberathungen. An einzelnen Straßenecken kleben Einladungen zu diesem Zweck. Einige dieser Zettel tragen die Ueberschrift: „Mit hoher Erlaubniß.“ Die früheren Wahlkandidaten werden diesmal das Feld nicht allein haben. Eine große Anzahl neuer Bewerber gehen jetzt mit den älteren in die Schranken. Unter Anderen wird auch der Kaufmann H. Neumann, bekannt durch einige Schriften socialistischer Tendenz, vor den Wählern auftreten. Die konservative Partei scheint diesmal vorzüglich organisiert zu sein. Tritt der Belagerungszustand nicht hemmend entgegen, so wird der Wahlkampf sehr heftig sein. Darf man Gerüchten trauen, so steht die Aufhebung zum 20sten d. M. bevor. Viele wollen wissen, daß man versuchsweise eine Suspension der Maßregel beabsichtigt. — Aus Frankfurt ist die Nachricht angelangt, daß der Präsident v. Gagern die Bildung eines neuen Reichsministeriums übernommen habe (s. Frankfurt). — Der in letzter Zeit als Verteidiger, früher in anderer Weise bekannte Referendar Dr. Stieber ist gestern nach Frankfurt abgereist, wie vermuthet wird, in einem mit den Frankfurter Septembereignissen zusammenhängenden Auftrage. — Aus dem Ministerium des Innern sind neuerdings verschiedene Circulare an die Verwaltungsbehörden erlassen worden. Der Minister v. Mantuffel spricht den Behörden seine Anerkennung für die Energie aus, mit der sie die Absichten der Minister gegen die wühlerischen Bestrebungen unterstützt haben. Nach einer andern Verfügung ist die Gensd'armee jetzt gänzlich aus dem Ressort des Kriegsministeriums in das der Civilverwaltung übergegangen. — Zu Ankaufen von Pferden für die Armee soll 1 Million Thaler bestimmt sein. — Die Artillerieschule, die bei Verhängung des Belagerungszustandes nach Potsdam verlegt war, ist jetzt wieder zurückverlegt. — Gegen den Direktor des Pädagogiums zu Büllichau, Herrn Hanow, der als Abgeordneter zwar bei und nach der Vertagung am 8. November an den Verhandlungen der Nationalversammlung nicht mehr Theil nahm, in seinem Wahlorte jedoch den Beschlüssen der Versammlung entsprechend durch Schrift und Rede wirkte, soll Seitens des Schulcollegiums der Provinz eine Disciplinar-Untersuchung beabsichtigt werden. Diese Maßregel ist durch Denunciationsen veranlaßt, die sich auf einige Aufsätze im Büllichauer Kreisblatt stützen. — Der Schauspieler L. Schneider, der nach der Restauration wieder hierher zurückgekehrt ist, wird eine Anstellung in einem der Ministerial-Büreaus erhalten. Man will es vermehren, durch sein Wiedererscheinen auf der Bühne die ihm sehr ungunstige Volksstimmung zu provociren. — Wir erfahren, daß der Verfasser der Schrift: „Signatura temporis“, die neulich als Gratisbeilage mit der „Neuen Preuß. Zeitung“ vertheilt wurde, der Professor Leo ist. — Unsere Börse war heute in Folge des Steigens der Pariser Course (3proz. Rente 46, 5proz. Rente 75), so wie wegen der Bildung des Cabinets L. Bonaparte, das eine rein monarchische Färbung trägt, sehr animirt und verrieth große Neigung zum Höhergehen.

N. S. Wir erfahren so eben, daß das 10te Infanterie-Regiment Ordre erhalten habe, sich marschfertig zu halten, um am 1. Januar in Hamburg sein zu können. Es ist fraglich, ob diese Bewegung dem Könige von Dänemark oder — der Constituante der freien Hansestadt selbst gelten soll.

* Berlin, 18. Dezember. [Der General Wrangel. — Deputation. — Gewerbliches.] — Dem General Wrangel soll, wie wir hören, durch eine große Anzahl von Besigern von Weihnachtshuden eine Dank- und Freudenbezeugung zum bevorstehenden Fest dargebracht werden, über deren Art es nicht angemessen wäre, sich vorher näher auszusprechen. Die Theilnehmer an diesem Akt erkennen in dem General den Hersteller der Ordnung und des Vertrauens, und die allein dadurch gegebene Möglichkeit, den Weihnachtsmarkt wie immer aufzuichten, womit das Wohl vieler Hunderte von Familien eng verknüpft ist. — Die Weihnachtsgeschäfte gehen über Erwartung glücklich von statten, wozu nächst der Wiederkehr der Ruhe und geordneter Zustände, die Günstigkeit des Wetters auch das übrige beiträgt. — Vorgestern hat sich eine Deputation von Landleuten aus der Gegend von Frisack nach Potsdam begeben, um Sr. Maj. dem Könige für die Verfassung Dank zu sagen. — Die Verhandlungen der Gewerbetreibenden in Frankfurt a. M. haben in einigen Kreisen des hiesigen Gewerbestandes entschiedenen Widerspruch erfahren. Der gesammte Gehülfen- und Gesellenstand hat Gegenerklärungen abgegeben, auch soll der Stadtrath Risch eine Broschüre unter der Feder haben, um auf diejenigen Nachtheile aufmerksam zu machen, welche mit der Ausführung der in Frankfurt am Main entworfenen allgemeinen Gewerbeordnung nothwendiger Weise bedingt sein dürften.

[Verschiedenes.] Herr v. Hassenpflug weilt bereits seit länger als acht Tagen in unserer Stadt;

derselbe ist auch bereits mehrmals in Potsdam gewesen und zur königl. Tafel gezogen worden. Herr v. Hassenpflug, bekanntlich vieljähriger und vielgeprüfter Minister des Innern und Minister-Präsident in Kassel, versichert zu Bekanten, daß seine hiesige Anwesenheit mit der jetzigen politischen Constellation in Preußen durchaus in keinem Zusammenhang stehe, sondern lediglich zum Zweck habe, im Interesse Neu-Vorpommerns der Verbindung des Ober-Appellationsgerichts zu Greifswald, dessen Präsident er ist, mit dem Ober-Landesgericht zu Stettin entgegenzuarbeiten. — Hiesige Bürger haben in der letzten Zeit persönlich Adressen in ihren Bezirken zur Unterschrift herumgetragen, in welchen dem Ober-Bürgermeister Grabow für seine politische Thätigkeit die Zustimmung und der Dank der Unterzeichner ausgesprochen wurde. — In den reservierten Gemächern des Odeums wird seit einigen Tagen viel über die Nothwendigkeit gesprochen, das hiesige Kriminalgericht zu purifiziren. Die Gemäßigteren meinen zwar, dies lasse sich im Wege der Beförderung bei Gelegenheit der neuen Justiz-Organisation ohne alles Aufsehen und insofern sogar mit dem Scheine der inneren Nothwendigkeit thun, als die Mitglieder des hiesigen Kriminalgerichts die neueren Prozessformen in den Provinzen einheimisch machen müßten. Einer nicht unbedeutenden Mehrheit soll diese Frist jedoch zu langdauernd sein, da die Schwierigkeiten der Organisation, der Mangel an den erforderlichen Räumlichkeiten und pekuniäre Rücksichten die Einführung des neu zu erwartenden Kriminalverfahrens vor dem Zusammentritt der Kammern fast unmöglich machten, die Zeit aber, wo die Revision durch die Kammern vollendet sein werde, sich noch gar nicht berechnen lasse. — Wir erinnern daran, daß auch die Kreuzzeitung vor einigen von der Nothwendigkeit gesprochen, unter den Assessoren und Referendarien die erforderlichen Ausmätzungen vorzunehmen. Wir haben jedoch eine viel zu gute Meinung von der Ehrenhaftigkeit des Herrn Hintelen, als daß wir glauben könnten, daß dergleichen Insinuationen Gehör bei ihm finden sollten, selbst wenn sie von einer so befreundeten und nahe stehenden Seite kämen, wie von dem Odeums-Cirkel. (Nat. 3.)

Stettin, 18. Dez. [Deutsche Flotte.] Der Bau von 33 Kanonenschaluppen soll sofort in Angriff genommen werden, damit dieselben bis zum 1. April von Stapel laufen können. Der königliche Schiffsbauemeister Elvertshagen will jedoch die Garantie nicht übernehmen bis zum gedachten Termine jene Fahrzeuge abzuliefern und ist deshalb nach Berlin gereist, um die Marine-Abtheilung zu einer Verlängerung des besagten Termins zu veranlassen. Würde der Bau an verschiedenen Orten der Küste zugleich begonnen, so scheint es uns nicht zweifelhaft, daß die 33 Schaluppen bis zum 1. April hergestellt sein können. So hat ein hiesiger Schiffsbauemeister sich bereit erklärt, außer den bei ihm bestellten Schaluppen noch zwei andere bis ultimo März zu bauen. Die Stärke unserer Marine-Mannschaft soll zugleich im Frühjahr auf 2000 Mann gebracht werden. (Dff. 3.)

Deutschland

Frankfurt, 16. Dez. [In der heutigen 137. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung] wurde die Berathung des vom Abgeordneten Stahl, Namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts über die in der Sitzung vom 23. Sept. gemachte Vorlage des Reichshandelsministers Duckwitz, die kommerzielle Einheit Deutschlands betreffend, eröffnet. Hierüber sprachen die Abgeordneten v. Neden, Franke, der Reichshandelsminister Duckwitz, dann die Abgeordneten Eisenstuck und Stahl als Berichterstatter der Minorität und Majorität des Ausschusses. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Abgeordneten Gombart und Genossen, über die Vorlage des Handelsministers zur Tagesordnung überzugehen, verworfen. Die von Wernher und Genossen beantragte Tagesordnung über die Vorlage der Ausschussminorität (Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die kommerzielle Einheit Deutschlands) mit 262 gegen 175 Stimmen angenommen. Die Versammlung genehmigte sodann die Anträge der Ausschussmehrheit in folgender Fassung:

1) Die Nationalversammlung ermächtigt die Centralgewalt, die Lösung der zwischen deutschen Einzelstaaten und fremden Nationen bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge, und erforderlichen Falles deren Umwandlung in Reichsverträge zu bewirken, auch neue Verträge dieser Art abzuschließen, alles unter Vorbehalt der Genehmigung der Nationalversammlung.

2) Die Nationalversammlung beschließt, daß der Ausschuss der Centralgewalt die zur Bearbeitung von Reichsgesetzen über deutsche Schifffahrt, Eisenbahnen und Postwesen in seinen Akten vorhandenen Materialien zu dem Zwecke überweise, die diese Verhältnisse betreffenden Gesetzentwürfe baldmöglichst der Nationalversammlung zur Beschlußnahme vorzulegen.

3) Die Nationalversammlung beauftragt die provisorische Centralgewalt, mit möglichster Beschleunigung Gesetzentwürfen zur Begründung einer Zollunion Deutschlands zu machen.

4) Die Nationalversammlung beauftragt die Cen-

tralgewalt, ein Zollgesetz und einen Zolltarif zu entwerfen und der Nationalversammlung vorzulegen.

5) Die Nationalversammlung erklärt, daß sie durch die vorstehend erteilten Aufträge in keiner Weise das ihr zustehende Recht der Initiative gefährdet wissen will. Zwei Zusatzanträge von Höpfken und M. Mohl wurden verworfen.

Der Vorsitzende verliest sodann ein Schreiben des Erzherzogs Reichsverwesers, wonach folgende Mittheilung der Nationalversammlung gemacht wird, daß der Minister des Aeußern und Innern, Ritter Anton v. Schmerling, sowie der Unterstaats-Secretär Joseph v. Würth ihre Dimission eingereicht und erhalten haben. In Folge davon verliest Präsident v. Gagern ein Schreiben folgenden Inhalts: Er habe der Nationalversammlung über die gegenwärtige Stellung des Ministeriums folgende Mittheilung zu machen. Nach dem von der österreichischen Regierung unterm 27. v. M. vorgelegten Programme zur Regelung der österreichischen Verhältnisse zum deutschen Bundesstaate sei es dem bisherigen Minister v. Schmerling nicht möglich, die Aufgabe zu lösen, weshalb der Erzherzog Reichsverweser ihn zu sich berufen und beauftragt habe, sich mit Bildung eines Ministeriums zu befassen. Obgleich er in früherer Zeit bei Feststellung der österreichischen Frage in Beziehung zum deutschen Bundesstaate mit seinen Ansichten in der Minorität geblieben sei, so glaube er doch, nachdem die Verhältnisse so bedeutend sich geändert, daß er im Verein mit den Männern, welche mit so allgemeiner Achtung bisher die Verwaltung geleitet haben, daß es ihm gelingen werde, die Aufgabe zu lösen, deren Schwierigkeiten er sich nicht verhehle. Demgemäß trete er schon am heutigen Tage von dem Präsidentenstuhle der Nationalversammlung zurück und bitte um Nachsicht, daß die vorliegenden Interpellationen noch nicht beantwortet werden könnten. Er schloß mit den Worten: „Nicht Ehrgeiz habe ihn gespernt ein so wichtiges Amt anzunehmen, auch von Ueberschätzung seiner schwachen Kräfte fühle er sich frei; er rechne dabei nur auf die Unterstützung des Erzherzog Reichsverwesers, sowie der der Nationalversammlung und auf die Fortdauer des Vertrauens, das er stets mit dem tiefgefühltesten Danke entgegengenommen habe, und das er zu erhalten immer sich bestreben werde.“ (Anhaltender lauter Beifall.)

Der Vorsitzende verliest hierauf einen dringlichen Antrag Reichsperger's aus Trier, wonach in Berücksichtigung der dermaligen Verhältnisse Oesterreichs, eine Ordnung der österreichisch-deutschen Provinzen, bezüglich des deutschen Bundesstaates, durch die Centralgewalt herbeigeführt werden möge und verlangt darüber Berichterstattung durch den Ausschuss für die österreichischen Angelegenheiten.

Löwe aus Glatz interpellirt den volkswirtschaftlichen Ausschuss, warum die geforderte Gewerbeordnung noch nicht vorgelegt sei, da dieselbe nach gefasstem Beschlusse, bei der zweiten Lesung der Grundrechte zur Berathung kommen solle.

Ditttrath aus Danzig giebt die Erklärung ab, daß der bereits gefertigte nicht genehmigt, und der neue erst in diesen Tagen werde beendet werden. (Schluß.) Montag: Präsidentenwahl.

C. B. Frankfurt a. M., 16. Dezember. [Tagesbericht.] Das wichtigste, was wir heut zu berichten haben, ist die Thatsache, daß in Betreff der Bestimmungen über das künftige Reichsoberhaupt im Verfassungsausschuss gar keine absolute Majorität zu Stande gekommen ist, trotz der vorliegenden Sympathie, die sich bei den Vorbereitungen für das erbliche Kaiserthum ergab. Augenscheinlich sind es die, gestern auch von uns erwähnten Schwierigkeiten bei der praktischen Ausführung, welche manchen prinzipiellen Freund erblicher Alleinherrschaft abgehalten haben, sich schon jetzt dafür zu entscheiden. Vorzüglich bemerkenswerth in dieser Beziehung ist der Umstand, daß im Ausschusse nicht sowohl die Stimmen für erbliche Alleinherrschaft und die Stimmen für Wahlkaiserthum gegenüber stehen, als die Stimmen für einen sechsjährigen Turnus bei der Wahl des Oberhauptes, also für eine republikanische Staatsform. Die zuletzt bezeichneten Stimmen sollen sogar die relative Majorität haben. Da im Verfassungsausschuss sich nur sehr wenig Mitglieder der eigentlichen Opposition befinden, müssen sich unter den Anhängern des sechsjährigen Turnus jedenfalls Männer befinden, die dabei nur für ein neues sechsjähriges Provisorium zu stimmen glauben. Wir hoffen morgen im Stande zu sein, die Namensliste der Abstimmungen des Ausschusses mitzutheilen. — Gestern Abend hat eine Separatversammlung bairischer Abgeordneter stattgefunden, in welcher dieselben über einen, gegen die Investitur Preußens mit der Reichsoberhauptchaft in irgend welcher Form zu erlassenden Protest Rath gepflogen haben. Ueber welche Form man sich dabei geeinigt hat, ist uns zur Zeit noch unbekannt. —

Bei Camhausen hat gestern eine politische Soiree stattgefunden. Zu derselben waren fast ausschließlich preussische Abgeordnete eingeladen, jedoch, Hr. Wesendonck ausgenommen, keine solche, die auf der linken Seite der Versammlung ihren Sitz haben. — Die Uebnahme der Ministerpräsidentenschaft durch Heinrich von Gagern, ein so lange in Aussicht gestelltes, und jetzt endlich erst eingetretenes Ereigniß, hat nur in einem Punkte gewissermaßen überrascht, nämlich in der Billigkeit, mit der der Bannträger der deutschen Einheit, das Erbe des bisherigen Ministeriums, welches doch das Lockendste nicht ist, schlichtweg und ohne Rückhalt übernommen hat. Untretende Minister pflegen sonst gern reines Feld vor sich zu haben. Da nicht gut bloße Deklartation gegen die abtretenden Minister, bei einem Staatsmann wenigstens, als Grund solches Benehmens angesehen werden kann, wird man es hier wohl wieder mit jenem romantischen Selbstvertrauen Gagerns zu thun haben, das ihn vor Kurzem hoffnungsvoller nach Berlin führte, als er von dort zurückgekehrt ist. — Das 35. preuss. Regiment hat heut morgen die hiesige Stadt ohne Musik und Trommelschlag und in getrennten Abtheilungen verlassen. Es ist durch Sektionen der 38er ersetzt worden. Im 35. Regiment soll über den Garnisonwechsel thätigliche Erbitterung herrschen; man kann aber wohl der alten Praxis trauen, welche lehrt, daß solche Erbitterungen über Strafakte, sich gegen die lehrt, welche Ursach zur Bestrafung gaben. — Der gestrigen Besserung der Course, welche lebhaft in den unzuverlässigen Pariser Notirungen ihren Grund hat, ist heut, bei wenig lebhaftem Geschäft, schon ein wenigstens theilweises Zurückgehn gefolgt; es sind die Eisenbahnaktien, die es traf.

Frankfurt, 16. Dez. [Amtliches.] Der Reichsverweser hat den Reichsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Anton Ritter v. Schmerling, seinem Wunsche gemäß, von dieser Stelle enthoben.

Der Reichsverweser hat den Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, Joseph von Würth, seinem Wunsche gemäß von diesem Amte enthoben.

Der Reichsverweser hat den Reichsgesandten am königlich großbritannischen Hofe, Victor Freiherr von Andrian, seinem Wunsche gemäß von dieser Stelle enthoben.

Auf die Nachricht, daß Dänemark die Besatzung der Insel Alsen auf 8000 Mann zu erhöhen beabsichtigt, hat das Reichskriegsministerium, wie wir vernehmen, Befehl gegeben, daß eine entsprechende Anzahl Reichstruppen an der holsteinischen Grenze zusammengezogen werde, um für jeden Fall bereit zu sein. (s. oben Berlin.) (D. P. N. 3.)

Einer der beiden Reichskommissäre für Preußen, Herr Hergenbahn, ist aus Berlin zurückgekehrt. Seine Nachrichten lauten sehr zufriedenstellend über die preussischen Verhältnisse. An den andern Kommissär, Herrn Ed. Simson, ist die dringende Einladung zur Rückkehr nach Frankfurt ergangen, damit er im Parlamente seinen Vicepräsidentenplatz einnehme. (Deutsche 3.)

München, 14. Dez. [Verschiedenes.] Heute mußten abermals drei Kompagnien vom Infanterie-Regiment in's Gebirge abmarschiren, man sagt in die Gegend von Tölz, wo wiederholt bedeutende Jagdfrevel und dergleichen begangen worden seien. Es ist dieß im Laufe des Jahres schon das dritte Mal, daß Truppen nach jener Gegend beordert werden. — Unter den in den verschiedenen Ministerien zur Vorlage an den Landtag vorbereiteten Gesetzentwürfen befindet sich auch einer in Betreff der Militärgerichtsbarkeit, die, wie unlängst ein hochgeehrter Justizmann vor den versammelten Wahlmännern bemerkte, sehr im Argen liegt. — Aus guter Quelle will der Landbote wissen, daß die Kammern auf den 31. Dezember werden einberufen werden. Die Einberufungsschreiben für die Reichsräthe sollen bereits expedirt worden sein. — Man hört mit Bestimmtheit versichern, daß die Erträge des Lotto in das Budget, das dem Landtage vorgelegt wird, nicht mehr aufgenommen sind, so daß demnach dieses verderbliche Spiel mit Ende der laufenden Budgetperiode, Ende September 1849, aufhören würde. (Augsb. Postztg.)

München, 15. Dezbr. [Das Reichsoberhaupt. — Die Garnison. — J. Ronge.] Der bisherige Bevollmächtigte Baiens bei der provisorischen Centralgewalt, Freiherr von Closen, wurde heut von Sr. Maj. dem Könige zum Staatsrath im außerordentlichen Dienst ernannt. Derselbe wird als außerordentlicher Gesandter des Königs nächsten Sonntag nach Dillingen reisen. — Die Frage bezüglich des künftigen Reichsoberhauptes wird demalen hier in vielen Kreisen besprochen. Das preussische Kaiserthum findet begreiflicher Weise hier wenig Anklang; man beurtheilt hier das, was vor wie nach dem März in Preußen geschah, nicht so nachsichtig, wie dies demalen in Frankfurt der Fall zu sein scheint. Man ist hier überhaupt nicht für ein Kaiserthum, am allerwenigsten für ein erbliches, hält es vielmehr unter den jetzigen Verhältnissen Deutschlands für das Geeignest-

wenn den größeren der deutschen Fürsten abwechselnd, von 5 zu 5 Jahren, die Reichsoberherrschafft übertragen würde. — Die von mehreren Blättern erwähnte Unzufriedenheit eines Theils der hiesigen Garnison hat ihren Grund weniger in politischen Ursachen, als vielmehr in den zum Theil sehr schlechten Lokalen, in denen die zahlreiche Mannschafft untergebracht ist. Unser sehr wackerer Stadtkommandant thut zwar auch in dieser Beziehung alles Mögliche, allein bei dem demaligen Stand der Garnison kam dem Uebel eben nicht sogleich vollkommen abgeholfen werden. — Heute Mittag verließ Johannes Ronge nach mehrtägigem Aufenthalt unsere Hauptstadt, wo ein längerer Verweilen von bedrohlichen Folgen für ihn hätte werden können, weshalb auch die Polizei unter Hinweisung auf die bereits hie und da sich regende Gährung und das an diese Behörde unter Drohungen gestellte dringende Begehren, ihn aus der Stadt zu weisen, ihn ersuchte, seinen Aufenthalt abzukürzen. Ronge predigte hier zweimal in den deutschkatholischen Gottesdiensten und hielt auch einige andere öffentliche Vorträge. Derselbe begibt sich zunächst nach Nürnberg und Bamberg; nach letzterer Stadt hat er eine spezielle Einladung erhalten. (N. K.)

Kastatt, 14. Dezember. [Ausrüstung.] Seit etwa 10 Tagen hält sich der preussische General von Zenichen hier auf, um die Vorschläge der Artillerie-Ausrüstungs-Direktion zur Armirung des Platzes zu prüfen und dessen endliche Dotation an Geschütz und Material festzustellen. Die Möglichkeit der Aenderung der bisherigen friedlichen Politik Frankreichs könnte in erster Linie Kastatt berufen, seine Widerstandskraft zu bewahren. Es wird deshalb Pflicht des Reichsministeriums, mit den nöthigen Mitteln zum Weiterbau nicht zu geizen.

Kassel, 14. Dezbr. [Herabsetzung der Hofdotation.] Die aus den Herren Nebelthau, Henkel, v. Sybel, Bayerhoffer und v. Riedel bestehende ständische Deputation hat am 8. Dezbr. dem Kurfürsten die am 5ten d. M. beschlossene Adresse der Ständeversammlung überreicht. Folgende Stelle aus der Adresse ist hervorzuheben: „Bei den angekündigten Vorschlägen zur Regelung des Finanzhaushaltes wird uns die Rücksicht sowohl auf die öffentlichen Bedürfnisse, als auch auf die Lage der pflichtigen Staatsbürger ununterbrochen begleiten. Je größer jene voraussichtlich sein werden, desto stärker fühlen wir uns gedrungen, ehrsüchtig darauf hinzuweisen, wie zuträglich unter solchen Umständen ein hochherziger Entschluß Ew. königlichen Hoheit, durch Herabsetzung der Hofdotation die Lasten des Landes zu erleichtern, dem Interesse des Staatshaushaltes und der monarchischen Verfassung sein würden.“ (Kass. 3.)

D e r e i c h .

N. B. Wien, 18. Dez. [Amtliche Nachricht vom ungar. Kriegsschauplatz. — Neuigkeiten aus Wien.] Am gestrigen Nachmittage erschienen die nachfolgenden, noch durch kein Zeitungsblatt veröffentlichten Kundmachungen: „Ew. Majestät beziehe ich in tiefster Ehrfurcht heute, als am 16. d. Vormittags mit dem 1. Armeekorps und Reservekorps eine allgemeine Rekognoszirung von Bruck a. L. und Pellenkirchen aus vorgenommen habe, in der Absicht, aus selber in das Gefecht wirklich zu übergehen, wobei ich mich mit Hinblick auf die feindliche Stellung weit ausdehnen mußte. Der Gegner nahm jedoch den Kampf nicht an, sondern wich nach geringem Widerstande auf allen Punkten; nur die Ortschaften Barendorf und Neudorf wurden erst nach einer ziemlich lebhaften Kanonade besetzt. Gegen Bamern ging die Kavalerie-Brigade Dtinger vor, worauf der Gegner auch dieses Dorf verließ. Er zog sich in der Richtung gegen ungar. Altenburg demmaßen rasch zurück, daß das erste Korpsquartier in Kasimirhof sein wird. Als er gegen 2 Uhr Nachmittags auch Kitzsee räumte, ließ FML. Kempen auch diesen Ort mit einem Bataillon besetzen. Vom FML. Simunich kommt mir die Meldung, daß er bereits die feindliche Position oberhalb Jablonitz am 14. d. angegriffen, den Gegner nach Wegnahme desselben bis Septsitz über Nadass verfolgt und bis Tyrnau zurückgedrängt habe. — Der Obristleut. Frischfeisen berichtet, daß er am 11. ein glänzendes und siegreiches Gefecht gegen einen weit überlegenen Feind bestand, der sich unweit Budatin hinter Verhauen sehr vortheilhaft postirt hatte. Unsere Truppen entwickelten dabei ihre gewohnte Tapferkeit und sahen sich auch von den slowakischen Freiwilligen aufs Beste unterstützt. Der Feind wurde gegen Sillein zurückgeworfen, wo er die Wagbrücke abbrach, somit die weitere Verfolgung hinderte. Oberst. Frischfeisen kann die Ausdauer und Hingebung seiner Truppen nicht genug loben. — FML. Graf Schik zeigt mir an, daß er am 10. d. unter dem Jubel des Volkes in Speries am Vormittag eingerückt ist und auch das Salzwerk und die Stadt Sovar besetzt habe. Auch auf dieser Seite hat der Feind keinen entschiedenen Widerstand geleistet.“ — Hauptquartier Petronell am 16. Dezbr. 1848. Alfred Fürst Windischgrätz, Feldmarschall. Armeekorps des FML. Windischgrätz hat am

15. d. Abends 8 Uhr seine Vorrückung gegen Ungarn begonnen. — Oberst von Horvath mit beiläufig 3000 Mann des Wiener Besatzungskorps und dem Befehle, die äußerste rechte Flanke bildend, auf der Straße nach Dedenburg vorzugehen, begann nämlich an diesem Tage seine Aufgabe, indem er den Major Grafen Schaffgotsche mit 2 Komp. des Oguliner Grenz-Regimentes und 2 Eskadr. des Chev.-Legers-Regmts. Graf Wehna, von Ebenfurth aus über Höslein gegen Dedenburg entsandte, um ihn in seiner linken Flanke zu decken. Diese Kolonne stieß am 18. früh in Volka-Brodersdorf auf eine feindliche Abtheilung, welche mehrere Häuser besetzt hatte und heftig daraus feuerte. Major Schaffgotsche ließ jedoch den Ort durch eine Kompagnie Oguliner, unter Führung des Hauptm. Kossanovich und einer Abtheilung Chev.-Legers, unter Oberst. Molodovany stürmen, nahm ihn mit Gefangennehmung zweier feindlichen Offiziere und 26 Mann (theils Husaren, theils Honved) und marschirte sodann nach Kitzgenbach, wo er sich bald darauf mit der Hauptkolonne vereinigte. Oberst Horvath rückte mit dem Gros seines Korps auf der Wien-Neustädter Straße gegen Dedenburg vor, mußte selbst in Pötsching, wo sie abgegraben war, dieselbe herstellen, entdeckte in der Höhe von Krensdorf in der rechts gelegenen Orte Sikkos ein feindliches Detachement, konnte es aber wegen seiner schnellen Flucht nicht erreichen. Nach kurzem Halt auf der Höhe von Baumgarten wurde der Marsch am 16ten früh gegen Dedenburg fortgesetzt und nach Vereinigung mit der Kolonne des Majors Schaffgotsche im Gesichtskreise der Stadt Dedenburg angelangt, woselbst auf den Anhöhen eine große Menschenmasse erblickt wurde. Bei näherem Anrücken zeigte es sich jedoch, daß es nur Neugierige seien, und die k. k. Truppen zogen um 11 Uhr Vormittags ohne Widerstand unter dem Jubel der Bevölkerung in die Stadt ein. Der Feind hat sich in die Gegend vor Kapuvar zurückgezogen. — Feldmarschall Windischgrätz, welcher sein Hauptquartier am 14ten in Fischament, am 15ten nach Petronell verlegt hatte, machte am 16ten mit dem ersten Korps und der Reserve von Bruck und Pellenkirchen aus eine Rekognoszirung. Die Insurgenten wichen auf allen Punkten vor unsern im Sturmschritt vorrückenden Kolonnen zurück, und zwar in der Richtung von Wieselburg. Das Hauptquartier des Banus war den 16ten Nachts im Karmirischen Meierhose nächst Altenburg. Er hatte die linke Flanke der Rebellen über Zurndorf gegen den Neusiedler-See gedrängt. Heute wird das 2te Armeekorps (unter Feldmarschall-Lieutenant Wehna) über die March gehen und Neudorf angreifen, sowie auch über die Höhen nach Pressburg vorrücken, während das Hauptkorps am rechten Donau-Ufer gegen Engeram vorgeht. — In den Karpathen hat das Korps unter Feldmarschall-Lieutenant Schlick schon am 10ten Sperjes unter dem Jubel d. s. Volkes besetzt und rückte gegen Kaschau. — Oberstlieutenant Frischfeisen, der mit einer andern Kolonne über Jablons vorgegangen, bestand ein glänzendes Gefecht bei Sillein. — Feldmarschall-Lieut. Simunich hat die feindliche Stellung bei Jablons forciert und steht in der Nähe von Tyrnau. — Zur Ergänzung dieser authentischen Nachrichten kann als nicht minder zuverlässig gemeldet werden, daß die Ungarn im eigentlichen Sinne des Wortes geflohen sind und nirgends Stand hielten. Der Fanatismus für die magyarische Sache schien sehr vermindert, und der österreichischen Partei, die besonders unter den obersten Klassen des Adels, wie des Bürgerstandes viele Anhänger zählt, schien es nur an Entschiedenheit zu mangeln, um hervorzutreten. — Ban Jellachich war, wie man versichert, in großer Gefahr, gefangen zu werden. Er hatte sich bei einer Vorposten-Rekognoszirung zu sehr vorgewagt, und nur die Schnelligkeit seines Pferdes soll ihn vor den ungarischen Husaren gerettet haben. — Heute sind neue Erfolge bekannt geworden, worüber man bis zum Abend ein Bulletin erwartet. — Heute wird stark von Ministerialver-

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) Das erwartete Bulletin ist noch am Abend erschienen, wir lassen es nach den und von einem andern Korrespondenten eingesandten Originale nachstehend abdrucken:

2. Armeekorps-Bulletin vom 18. Dezember 1848.

Nach einer so eben angekommenen telegraphischen Depesche aus Tyrnau vom 17. d. Mts. haben sich die Rebellen, welche bei dem Anrücken der Kolonne des Feldmarschall-Lieutenants Simunich bis Szereb zurückgegangen waren, nachdem sie den 15. von Pressburg her bedeutende Verstärkungen an sich gezogen, bei Tyrnau wieder gestellt. — Sie wurden am 16. d. Mts. um 4 Uhr Abends vom Feldmarschall-Lieutenant Simunich dort angegriffen und nach einem zweifündigen Gefechte vollkommen geschlagen. Fünf Kanonen, viele Waffen, eine Fahne, 766 Gefangene, 43 Pferde blieben in den Händen der Sieger. Der Feind zerstreute sich nach allen Richtungen, ohne mehr eingeholt werden zu können, da die Nacht hereinbrach.

Das Armeekorps des Feldmarschall-Lieutenants Simunich besetzte Tyrnau und die Umgebung. Major Laninger von Geherzog Karl Ludwig Chevaurlegers berichtet aus Kaschau vom 11. d. Mts., daß diese stark verschanzte Stadt noch am 10. von der Avant-

Mittwoch den 20. Dezember 1848.

(Fortsetzung.)

Änderungen gesprochen. Kraus soll abgedankt und Stadion an dessen Stelle das Ministerium der Finanzen übernehmen, wogegen Schmerling das Portefeuille des Innern erhielt. — Vom Repertoire der Oper ist neuerdings die der „Hugenotten“ nach dem ursprünglichen Texte; von jenem des Burgtheaters „Zell“ und „Egmont“ gestrichen worden. — Heute erscheint Kuranda's „Ostdeutsche Post“ zum erstenmal wieder. — Die Minister, welche wieder sämmtlich nach Olmütz und Kremsier abgereist sind, werden am 22. hier erwartet, um die 14 Tage lang währenden Reichstag-Ferien in Wien zuzubringen. — So unwahrscheinlich es Angesichts der auf den Bastionen aufgestellten Wurf- und Belagerungsgeschütze klingt, wird es doch als höchst glaubwürdig versichert, daß gestern ein Arbeiter-Krawall, nach Einigen gar ein Angriff auf besagte Geschütze im Werke war. Die Einleitung sollte eine Katzenmusik sein; FML. Welden soll aber versichert haben, daß er beim ersten Pfiff seinerseits werde pfeifen lassen. — Dies wirkte.

Rußland.

St. Petersburg, 10. Dez. Das heutige Journal de St. Petersburg meldet: „Der Erzherzog Wilhelm, jüngster Sohn des verstorbenen Erzherzogs Karl, ist gestern hier angekommen. Se. kaiserl. Hoheit ist beauftragt, dem kaiserl. Hofe die Thronensagung des Kaisers Ferdinand I., die Verzichtleistung des präsumtiven Thronfolgers Erzherzogs Franz Karl auf die Nachfolge, so wie die Thronbesteigung Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Franz Joseph, Neffen des Kaisers, anzuzugehen.“

L. Von der russischen Grenze, 15. Dez. [Zur Beurtheilung der russischen Politik.] Unsere Hoffnungen sind getäuscht worden, die Grenzsperrung besteht in ihrer ganzen Strenge fort und die Thronbesteigung scheint nur das alte System verjüngen, nicht aber ein von dem Zeitgeiste gebieterisch gefordertes neues System begründen zu wollen. Man hat sich hier in der momentanen Aufregung den sanguinischsten Erwartungen hingegeben, und besonders einem energischen Auftreten gegen Rußland mit Zuversicht entgegenzusehen. Der Herr Finanzminister Kraus hat in wohlgefügter Rede klar dargethan, daß man Alles anwenden müsse, um Handel und Industrie zu heben, den dahingeschwundenen Wohlstand zurückzuführen. Alles aber, was er für diesen Zweck vorschlug, besteht in einer neuen Anleihe von 80 Millionen und einer Vermehrung des Steuerbudgets um 20 Millionen. Nun ja, Revolutionen kosten viel, gegebene Freiheiten müssen bezahlt werden, Uebergangsperioden führen unvermeidliche Kalamitäten mit sich, wir wollen sie freudig tragen, wenn wir das volle Bewußtsein haben, daß wir für all' unser Geld, für all' das im Belagerungszustand vergossene Blut mehr als bloße Phrasen eintauschen, die ein freisinnig feinsollendes Ministerium mit der unerschütterlichsten Ruhe der Deffentlichkeit übergibt. Der Belagerungszustand dauert fort, man fordert sogar auf, um dessen Verlängerung zu petitioniren, man benützt die jegige niedergedrückte Stimmung, um Mißtrauensvota für Reichstagsabgeordnete zu Wege zu bringen, um die Kammer zu epuriren, man ahmt dem russischen Autokraten nach, indem man eine Menge junger Leute, die in den letzten Ereignissen kompromittirt waren, ohne weiteres unter die Soldaten steckt. Besonders verfährt man in dem benachbarten Lemberg in dieser Beziehung ganz kategorisch und schon sind viele geistreiche junge Männer ohne Rücksicht auf Talent oder Stellung rekrutirt und nach Ungarn geschickt worden. Eben so wenig geschieht etwas, um dem durch die furchtbare Grenzsperrung und die russische Besatzung der Donaufürstenthümer ruinirten Handel und der progressiv zunehmenden Verarmung Galiziens aufzuhelfen, die alten Quellen des Wohlstandes zu öffnen, neue zu schaffen. Natürlich ist Oesterreich ohnmächtig gegen die schlagfertigen russischen Heere, weil die österreichischen Armeen Mailand, Wien und Pesth in Schach halten müssen, und für die Integrität des Kaiserstaates ein-

garde des Corps des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Schlick nach einem sehr hartnäckigen Gefechte mit Sturm genommen wurde.

Leider hat dieser Sieg den Verlust mehrerer braven Offiziere gekostet, unter denen wir ganz vorzüglich jenen der Majore Concoreggio und Scudieri, letzterer Corps-Adjutant des Grafen Schlick, beklagen.

Welden,

Feldmarschall-Lieutenant, Civi- und Militär-Gouverneur. Se. Durchlaucht der Feldmarschall Fürst Windischgrätz hat gestern auf dem rechten Donauufer die Vorposten bis gegenüber Preßburg vorrücken lassen — auf dem linken hat das zweite Armeekorps Stampfen ohne allen Widerstand besetzt, und die Avantgarde bis vor Preßburg aufgestellt.

stehen. Die Erhaltung des Gesamtstaates hat auch hier wie überall viele Sympathien für sich, doch muß dieser Staat kein bloßes Scheinleben besitzen, sondern in der Liebe der Völker, in ihrem Gedeihen seine eigentliche Pulsader haben. Die Pazifikation Ungarns, die Konstituierung der italienischen Zustände und die Verlegung des Reichstages nach Wien würden den Gesamtstaat konsolidiren und das Einnehmen einer würdigen Stellung als bisher Rußland gegenüber erlauben. Millionen leiden unter den russischen Ausnahmestrafen; allen bestehenden Verträgen zum Troße dauert dieser anomale Zustand fort, obgleich die Ruhe, die Ordnung, die Geselligkeit weder bei uns, noch in Preußen der Art gestört war, um Rußland Beforgnisse einflößen zu können; die freundschaftlichen Beziehungen der Kabinette sind für die Diplomatie wenigstens die allererfreulichsten, und nicht ein einziges Mal hat ein österreichisches Kabinet durch eine Note an dessen Geschäftsträger in Petersburg die Aufhebung der Grenzsperrung weder gefordert, noch um deren Motivierung gebeten. Nicht weniger unbegreiflich ist das Benehmen Oesterreichs in der Frage der Donauländer, die für den Handel, die Politik und die Zukunft Oesterreichs eine gewichtigere Lebensfrage bilden, als die alte Habsburgspolitk in Italien, und nebstbei mit den ungarischen Angelegenheiten und einer gesicherten Stellung Oesterreichs in Galizien in der genauesten Verbindung stehen. Das russische Kabinet beutet die ihm günstigen Verhältnisse auf's ergiebigste aus, schießt den besetzten Provinzen 300,000 Silberrubel als Anleihe vor, nimmt natürlich dieses Geld sogleich wieder zur Verproviantirung seiner eigenen Truppen wieder in Anspruch, deren Gegenwart von Niemandem gefordert wird, und hat nun auf diese Weise sich ein Recht mehr geschaffen, die zur völligen Untergrabung der Türkei und zur Vernichtung des österreichischen Donauhandels so sorgfältig gehegten und gepflegten Fürstenthümer zuletzt ganz an sich zu reißen. Indessen sind früher oder später die transkaukasischen Lande doch in der Gewalt der russischen Heere, die ihre Operationen ununterbrochen fortsetzen, da die ausgesprengten Gerüchte eines mit Schamyl geschlossenen Friedens durchaus falsch sind. Wer wird dann den russischen Gelüsten einen Damm zu setzen vermögen, wenn noch die wahrscheinlich mit russischem Golde geförderte Kandidatur Ludwig Napoleons auf die Präsidentschaft der französischen Republik mit Erfolg gekrönt wird? Geht dann nicht die Aussage Napoleons in Erfüllung, daß Europa einst kosatisch wird? Diese Betrachtungen sollten beim österreichischen Ministerium und beim Reichstage schwer in die Waagschale fallen und sie Beide zum Aufgeben der unglückseligen lavirenden Politik vermögen, die nur die Verwirrung vermehrt, ohne irgend ein Heil zu gebären, und durch deren entscheidendes Brechen mit derselben sich der König von Preußen jetzt bei uns eine Anzahl Sympathien erworben hat. Doch ich habe auch von einer definitiven Maßregel unseres Ministeriums zu berichten. Die Theilung oder besser die Zersplitterung der gemeinsamen Kräfte Galiziens wird bereits in Ausführung gebracht. Es entstehen zwei neue Provinzen, das Land der Masuren und das der Ruthenen, der Sann soll die Grenzscheide bilden. So sehr ich auch für die Gleichberechtigung aller Nationalitäten bin, kann ich dieser unter dem Metternich'schen System erwachsenen, vom Grafen Stadion gereiften Frucht doch kein günstiges Prognostikon stellen und sehe nur dadurch den Keim zu unheilvollen Konflikten gelegt, die auf den Landtagen zu Krakau und Lemberg in üppigster Fülle aufschließen werden.

Italien.

Rom, 6. Dez. Für jetzt ist Rom ruhig. 1500 Franzosen laviren in den Gewässern von Civitavecchia. Der Kommissär Latour d'Auvergne stieg ans Land und redete mit dem Konsul Lysimach Tavernier, dann reiste er nach Gaeta ab. Es ist außer Zweifel, daß die Franzosen von Gaeta Befehle erwarten. Zudem haben wir sichere Nachrichten, daß 10,000 Mann Neapolitaner schon in Bereitschaft sind, in die römischen Staaten einzurücken. *) In verfloßener Nacht kam eine Deputation aus Civitavecchia in Rom an, um das Ministerium zu fragen, was jene Stadt thun solle, wenn die Franzosen eine Landung versuchten. — Nachschrift. Das ganze diplomatische Corps ist nach Gaeta abgereist. (N. Z.)

*) Der Korrespondent der „Times“ in Neapel findet ein Bündniß zwischen dem Papst und den Königen von Neapel und Sardinien zur Befriedigung Italiens gegenüber den demokratischen Wühlereien nicht unwahrscheinlich, und glaubt, daß Karl Albert, welcher derselben mehr als satt sei, mit Freuden darauf eingehen werde.

Frankreich.

Paris, 15. Dez. [National-Versammlung. Sitzung vom 15. Dezbr.] Marrast präsidiert. An der Tagesordnung steht zunächst die Bewilligung von vier Zwölfteln des Staatsbudgets für 1849. Bineau trägt im Namen des Finanzausschusses dar. auf an: Erstens, die verlangten vier Zwölftel zu bewilligen; zweitens das Dekret der provisorischen Regierung vom 15. April 1848, welches die Salzsteuer aufhebt, zu streichen, d. h. die Verathung desselben auf's Unbestimmte zu vertagen. Eine lebhafteste Debatte entspinnt sich über diese beiden Anträge. Dezeimeris trägt darauf an, drei Zwölftel des Budgets zu bewilligen. Wird genehmigt. (Sensation.) Der Staatsdienst ist also auf drei Monate gesichert. Man schreitet zum zweiten Punkt, nämlich der Salzsteuer. Goudchaux und mehrere Redner, darunter auch Desmesmay, versuchen, das Salzdekret zu retten, aber vergebens. Die Versammlung entscheidet mit 344 gegen 315 Stimmen, daß jenes Dekret provisorisch aufgehoben sei. Marrast benachrichtigt schließlich die Versammlung, daß die Präsidentenwahl-Prüfungs-Kommission die Abstimmung von 9 Departements und 15 Linien Schiffen bereits erledigt habe. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

[Vorläufiges Resultat der Wahlen.] In Paris kannte man heute bis Postschluß das Wahlresultat von etwa 4 1/2 Millionen Stimmen. Die Majorität Louis Bonaparte's steigt mit jeder Stunde. Schon gestern Abend zählte er 2,388,759 und Cavaignac nur 629,780 Stimmen. Lamartine verschwindet gänzlich. Dem Vernehmen nach wird der Präsident der Republik schon am nächsten Donnerstag den Eid in die Hände Marrast's leisten und feierlichst installiert werden; 405 Mitglieder der Nationalversammlung sollen bereits ihre Visitenkarten bei Louis Bonaparte, als dem unzweifelhaften Präsidenten der Republik, abgegeben haben. Die Minister verlassen allmählig ihre Amtswohnungen. Lamoricière, der sich auf lange Zeit im Kriegs-Ministerial-Gebäude der Dominique-Strasse eingerichtet zu haben schien, läßt seine Möbel in die Rue du Bac schaffen, während sich Bastide anschickt, das Ministerium des Auswärtigen mit der öden Rue de Londres zu vertauschen. Heute ist folgende neue Minister-Liste im Umlauf: 1) Dillion Barrot, Conseil-Präsident, Justiz und Kultus, 2) Leon de Malleville, Inneres, 3) Rulhière, Krieg, 4) De Tracy, Marine, 5) Falloux, Unterricht, 6) Leon Faucher, öffentliche Arbeiten, 7) Fould, Ackerbau und Handel, 8) Hippolyte Passy, Finanzen. Dazu Berger, Ex-Maire, Polizei-Präfekt von Paris; Dubost, Post-Direktor; Baraguay d'Hilliers, Divisions-General von Paris. Der Constitutionnel, der als das künftige Haupt-Regierungs-Organ betrachtet wird, sobald Louis Bonaparte die Präsidentschaft antritt, sagt indeß in Bezug auf die umlaufenden Kabinetslisten: „Schon veröffentlicht man Listen des neuen Ministeriums. Wir glauben jedoch, daß es in dieser Beziehung noch nichts Definitives giebt.“ Dasselbe Blatt schließt seinen leitenden Artikel mit den Worten: „Die gemäßigete Partei wird übrigens, wir hoffen es, durch die Zusammensetzung ihres Ministeriums zeigen, daß sie nicht nur die Macht der Zahl, sondern auch die Macht der Talente für sich habe.“ Die Liberté, ebenfalls ein Haupt-Organ der Bonapartisten, deutet an, daß das neue Kabinet die Nationalversammlung auflösen werde. In vielen Gemeinden werden auch bereits Witzschriften kolportirt, welche die Auflösung der Nationalversammlung verlangen. Die Bergpartei hat heute folgendes Manifest veröffentlicht: „Bürger! Wir wollten keine Präsidentschaft, weil wir die Einheit der Staatsgewalt wollten. Die entgegengesetzte Meinung hat sich aber durchgesetzt. Das Volk hat gesprochen, und wir verneigen uns. Die Republik könnte bedroht sein; die Staats Einrichtungen, die ihr zur Grundlage dienen, könnten angegriffen werden, wir wollen das nicht glauben. Wenn aber dennoch Parteien, die der Freiheit feindlich sind und bei Unordnungen ein Interesse haben, unsinnige Pläne träumen sollten, dann wird das Volk, wie wir hoffen, diesen trügerischen Verlockungen widerstehen. Was uns betrifft, so werden wir niemals vergessen, daß wir zum Auftrag erhielten, die Republik zu gründen und sie, wenn es sein muß, mit Gefahr unseres Lebens zu verteidigen. Es lebe die demokratisch-soziale Republik!“ — Heute ist der Jahrestag der Zurückbringung der Asche Napoleons von St. Helena. Man sah nicht die geringste Zusammenrottung; dennoch bringen die bonapartistischen Blätter folgende Erklärung: „Unterrichtet, daß die heutige Feier zu Tumulten benützt werden sollte, haben die sämmtlichen Mitglieder der Familie Bonaparte beschlossen, sich nicht zu der Feier im Invaliden-Dom zu begeben.“ Die dortige Cere-

monie ist übrigens auch ohne alle Störung vorübergegangen. Einige Mitglieder der Nationalgarde in Uniform und eine Anzahl in schwarzen Fracks mit Sammetkragen im Knopfloch wohnen der Feierlichkeit bei. Emil von Girardin hat heute seine Presse verkauft. Man glaubt, daß sie für Rechnung Louis Bonaparte's durch die dritte Hand angekauft worden. Mehrere Verkäufer bonapartistischer Zeitungen haben ihre Kramläden mit Lorbeeren geschmückt.

Herr von Corcelles ist Italien zurückgekehrt. Er landete am 11ten in Toulon, und am 12. bezug sich das Dampfschiff, welches ihn dorthin gebracht, mit Depeschen zurück nach Gaeta. Mehrere Bischöfe Frankreichs haben die Regierung um Urlaub gebeten, um sich nach Gaeta zum Papste begeben zu können. Man versichert, daß der französische Gesandte bei dem Papste Befehl erhalten habe, am Hofe desselben in Gaeta seinen Sitz aufzuschlagen. Auch sollen zwei französische Schiffe in dem Hafen dieser Stadt stationiren, um nöthigenfalls dem Papste zur Verfügung zu stehen. In Rom war am 6. Dezember die Deputation an den Papst noch nicht von Gaeta zurückgekehrt. Doch hörte man, daß der Papst dem Herrn Lagetti geantwortet haben solle: „Ich halte mich an das, was die Regierungs-Kommission, die ich ernannt habe, sagt und beschließt!“

In Turin dauerte am 11. Dezember die Ministerkrisis noch fort; die dortige Hofzeitung äußert sich sehr entrüstet über die Behauptung, daß ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß zwischen den Königen von Sardinien und Neapel gegen Rom bestehe.

Spanien.

Madrid, 9. Dezbr. [Karlisten.] Es ist dem General Cordova vermittelst Auszahlung einer bedeutenden Geldsumme gelungen, den Karlistenchef Pofas zu bewegen, „die Königin Isabella II. anzuerkennen,“ wie die amtliche Gaceta sich ausdrückt. Dieser Pofas stellte sich demnach am 3ten mit 600 Mann in Esparraguera ein, wo der General Concha sich auf der Durchreise nach Barcelona befand. Letzterer umarmte öffentlich den früheren Karlisten-Anführer, bestätigte ihn und seine Offiziere in ihren Graden und bildete aus der Mannschaft sofort ein Bataillon, das er mit sich nach Barcelona nahm. Die volle Anzahl der in Catalonien befindlichen Karlistischen Schaaren berechnen die hiesigen Blätter auf 10,000 Mann. Am 3ten drangen 1500 derselben in die Stadt Santa Coloma ein und erhoben die Steuern. Eine andere Schaar von 800 Mann ging am 4ten über den Cinca und besetzte die wichtige Stadt Barbastro in Aragonien. Am 5ten wurde sie dort von drei Bataillonen unter dem Brigadier Contreras angegriffen und nach einem hitzigen Gefecht aus der Stadt vertrieben.

Großbritannien.

London, 15. Dezbr. [Die Nachrichten aus Irland] lauten täglich tröstlicher. In der Grafschaft Tipperary ist es bei den kleinen Pächtern fast zur Regel geworden, vor der Bezahlung des Pachtalles Getreide auszudreschen, es zu Schleuderpreisen zu verkaufen und mit dem Gelde heimlich nach Amerika auszuwandern. Kommt dann der Grundherr, um den Pacht einzukassiren, so findet er anstatt des Getreides, an dem er sich in Ermangelung der Zahlung schadlos zu halten erwartete, nur Stroh und oft auch noch Frau und Kinder des Entflohenen, die dem Grundherrn dann zur Last fallen. Auch viele der reicheren Pächter verlassen das Land mit ihren Kapitalien, und nur wer kein Geld zum Auswandern aufstreiben kann, bleibt zu Hause.

Lokales und Provinzielles.

**** Breslauer Communal-Angelegenheiten**
Breslau, 19. Dezbr. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten sollte die Wahl zweier Stadträthe vor sich gehen, da jedoch von den 102 Stadtverordneten nebst den 25 Stellvertretern, welche Letztere zu allen Sitzungen ein für alle mal eingeladen sind, noch nicht einmal 66 erschienen waren, so mußte wegen Nichtbeschlußfähigkeit der Versammlung die Wahl unterbleiben. Dagegen wurden noch einige Kandidaten zum Amte eines Stadtrathes vorgeschlagen: nämlich der Mediz.-Assessor Gerlach, Ober-Amtmann Körner und Referend. Neumann, dagegen lehnten von den früher vorgeschlagenen Kandidaten die Stadtverordneten Siebig und Bergmann die Annahme ab, die Proponenten, von welchen Goschorski und Dr. John vorgeschlagen waren, nahmen ebenfalls ihren Vorschlag zurück. Nachdem die versammelten Stadtverordneten fast eine Stunde gewartet hatten, so wurden bloß einige dringliche Vorlagen unter Vorbehalt der Zustimmung der nächsten Versammlung vorgelesen und genehmigt. Bewilligt wurden noch 300 Rthl. zur Verwendung für Cholera-kränke, genehmigt wurde, daß die Reichthaler-Verpachtung, welche in der letzten Licitation nur 1480 Rthl. ergab, (früher 2800 Rthl.) nochmals vorgenommen werden und auch die Aecker parzellirt werden dürfen. — Bei der neuen Anstellung

der Aerzte sollen dem Dombezirksarzte 50 Rthl. mehr, dagegen bei den übrigen Aerzten ein verhältnißmäßiger Abzug am Honorar gemacht werden.

* Breslau, 19. Dezbr. Herr Dr. Borchardt ist die Festung Meisse zum Straf-Arrest angewiesen worden. Er war bereits heute früh unter Begleitung von zwei Gendarmen dorthin abgegangen, kam jedoch Abends wieder zurück, und zwar, wie wir hören, deshalb, weil der Commandantur in Meisse kein Aviso zugekommen war.

* Breslau, 19. Dezbr. [Mißtrauensvota gegen die Stadtverordneten-Versammlung.] Wegen der Beschlüsse, welche die Stadtverordneten in letzter Zeit (wenn auch meist nur mit geringer Majorität) gefaßt hatten, war ein großes Mißbehagen in unserer Stadt entstanden. Es wurden deshalb in einer großen Anzahl von Bezirken Versammlungen der Wähler Breslau's veranstaltet, in welchen diese Beschlüsse besprochen und Erklärungen abgefaßt wurden, worin man aussprach, daß die Unterzeichneten mit diesen Beschlüssen nicht einverstanden seien und die Stadtverordneten nicht mehr das Vertrauen der Stadt besäßen. Diese Mißtrauensvota sind bereits bei dem Bureau der Stadtverordneten eingereicht worden. Es sind deren aus 34 Bezirken (Breslau ist in 52 Bezirke eingetheilt) eingegangen und zwar mit 3112 Unterschriften. Bei diesen Unterschriften haben sich über 1800 Bürger betheiltigt, die übrigen gehören Schutzverwandten an.

G. Breslau, 19. Dezember. [Der konstitutionelle Kongreß Schlesiens, abgehalten am 17. und 18. d. Mts.] Bereits vor längerer Zeit hatte der hiesige konstitutionelle Centralverein die gleichgesinnten Klubs in der Provinz zur Beschickung eines Kongresses aufgefordert. Die neue Verfassung war noch nicht erschienen und es ist uns bis zu diesem Augenblicke nicht bekannt geworden, welche Gründe die damalige Zusammenberufung veranlaßt haben. Nach den nunmehr eingetretenen Ereignissen stellte sich der Kongreß von vornherein die Aufgabe, den von seiner Partei auf die bevorstehenden Wahlen auszuübenden Einfluß einer sorgfältigen Berathung zu unterwerfen. Der Kongreß war von 34 Vereinen, welche unten näher angegeben sind, durch 80 Deputirte besetzt. Sonnabend Nachmittags fand die erste Vorversammlung statt, in welcher ein Geschäftsreglement angenommen und die nöthigen Formalien erledigt wurden. In einer zweiten Versammlung wird Oberbergrath Steinbeck aus Brieg zum Vorsitzenden, Professor Köppl zum Vizepräsidenten ernannt. Auch wird eine Kommission niedergesetzt, zur Prüfung eines von dem Centralverein ausgearbeiteten Programm-Entwurfs, welcher dem Kongresse vorgelegt werden soll. Die erste und einzige halböffentliche Sitzung wurde Sonntag Nachmittags um 4 Uhr mit Verlesung des Protokolls über die Vorversammlungen eröffnet. Die Öffentlichkeit war insofern bedingt, als nur Mitgliedern konstitutioneller Vereine gegen Vorzeigung von Karten der Eintritt gestattet war. Wir lassen hier das Programm, wie es aus den Berathungen hervorgegangen ist, folgen und werden dann bemüht sein, den Verlauf der Debatte möglichst genau wiederzugeben.

(Programm der konstitutionellen Partei.) Die konstitutionelle Partei der Provinz Schlesien hält es für ihre Pflicht, sich offen über ihre Stellung zu der von Sr. Majestät verliehenen Verfassung auszusprechen. — Wir erkennen es an, daß der Weg der Vereinbarung mit der Berliner Nationalversammlung, ohne die Würde der Krone, die Ehre der Nation, das Wohl des Vaterlandes zu verlegen, nicht länger fortgeführt werden konnte, die Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes und des in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gestörten und gelockerten Vertrauens aber ein dringendes Bedürfnis war. Wir sehen deshalb in der Verleihung der Verfassung einen durch eine traurige Nothwendigkeit hervorgerufenen Akt der Krone, welchen wir um so freudiger und dankbarer annehmen, als die dargebotene Gabe die königlichen Verheißungen auf das Glänzendste erfüllt, und die Freiheit des Volkes nicht weniger als die Kraft und Würde der Krone zu sichern und zu verbürgen geeignet ist. — Auch wir erwarten den innern Ausbau und die Vollendung der Verfassung durch die mit den Kammern im Einklange mit den Frankfurter Beschlüssen wie dem Geiste und Bedürfnissen der Gegenwart entsprechend, festzustellenden organischen Gesetze, unter welchen wir, außer den von der Krone bereits in Aussicht gestellten, eine neue, die zahlreichen Vorlagen des Handwerkerstandes berücksichtigende Gewerbeordnung und ein Heimathgesetz für besonders wichtig halten. — Für eben so wichtig halten wir die schnelle und billige Erledigung der Aufhebung und Ablösung der bäuerlichen Lasten. — Auch uns erscheint ferner eine durch die Kammern vorzunehmende Revision der Verfassung aus mehrfacher Rücksicht wünschenswerth, wir erklären aber an dem wesentlichen Inhalte derselben festhalten zu wollen. Dahin rechnen wir die §§ über die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte der Preußen, über die Stellung der Kirche und Schule, über die Befugnisse der Volksvertreter, über die Verantwortlichkeit der Minister, über die richterliche Gewalt, über die Staatsbeamten, über die Selbstregierung der Gemeinden; denn wir finden in ihnen die nothwendigen Bürgschaften ächter Volksherrschaft. Wir wollen aber diese Freiheit innerhalb der konstitutionellen Monarchie, wir wollen ein kräftiges Königthum, wir bekennen uns deshalb mit aller Entschiedenheit, im Einklange mit der Verfassung, zu dem Grundsatz, daß die vollziehende Gewalt ausschließlich der Krone zusteht, die gesetzgebende Gewalt aber gemeinschaftlich durch den Kö-

nig und die Kammern ausgeübt wird, und die Ueber einstimmung beider Faktoren zu jedem Gesetze erforderlich ist. Wir weisen zurück eine Verfassung, welche die Krone zu einem willkürlichen Exekutor der Volksvertretung machte, und unter dem Scheine der Monarchie die Republik einzuführen versuchte. Wir verlangen aber, eben so im Interesse der Volksherrschaft, wie in dem der Krone, eine solche Organisation der Volksvertretung, welche die Bürgschaft für eine alleseitige, erschöpfende und besonnene Prüfung und Erwägung der Gesetzentwürfe in sich trägt und eben dadurch die Veranlassung zu einer Ausübung des sogenannten Veto der Krone möglichst beseitigt. Aus diesem Grunde halten wir fest am Zweikammersysteme. — Wir wünschen endlich für jetzt keine Revision des Wahlgesetzes, denn nicht Theorien, sondern die lebendige Praxis und Erfahrung können über die Zweckmäßigkeit desselben, d. h. darüber entscheiden, ob es der politischen Bildungsstufe, der Sitte und dem Bewußtsein der Nation entspricht. — Mit dieser offenen Erklärung schaaeren wir uns um die Verfassung wider diejenigen, welche nach unserer Ueberzeugung mit jenen Hauptgrundsätzen derselben zugleich auch die konstitutionelle Monarchie angreifen und verwerfen. Breslau, 17. Dezember 1848.

Der Kongreß der konstitutionellen Vereine Schlesiens.

Referent Hahn verlas die Kommissions-Vorlage, über deren einzelne Theile dann berathen und abgestimmt wurde. Zur Begründung des Satzes: Wir sehen deshalb in der Verleihung der Verfassung einen durch eine traurige Nothwendigkeit hervorgerufenen Akt der Krone; wurde angeführt, daß die Majorität der aufgelösten Nationalversammlung sich zu verbrecherischen Handlungen habe hinreißen lassen, deren trauriges Resultat in der Unmöglichkeit einer baldigen Vereinbarung bestehe. Ueber den ursprünglichen Passus des Kommissionsentwurfs: Welchen wir um so freudiger annehmen; entspann sich eine längere Debatte. Förster: Wir können der Krone gegenüber nicht unsere Freudigkeit über die neue Verfassung aussprechen, da dies auch gewissermaßen Freude über die Aufhebung der Vereinbarung einschließen würde: der Redner schlägt vor, daß an die Stelle von freudig — dankbar gesetzt werde. Regenbrecht spricht gegen die Weglassung des Ausdruckes freudig und widerlegt den vorigen Redner, indem er anzeigt, daß die Vereinbarung, nach den eigenen Aussprüchen der Krone, welche die neue Verfassung noch einer Revision der Kammern vorbehalten, — keineswegs aufgehoben, sondern nur vorläufig unmöglich geworden sei. Ueber diese traurige Nothwendigkeit aber habe der Anfang des Programms schon das Nöthige enthalten.

In demselben spricht Köppl für die Beibehaltung von „freudig.“ Hahn bemerkt, daß, wenn dankbar, man auch freudig sein müsse, er schlägt daher vor, beide Ausdrücke in das Programm aufzunehmen, was von der Versammlung mit Beifall genehmigt wird. Gegen das Wort „annehmen“ erheben sich mancherlei Bedenken. Es wird auf die vor dem vereinigten Landtage erschienene Schrift „Annehmen oder ablehnen?“ hingewiesen und die Befürchtung vor Erneuerung dieses Streites ausgesprochen. Balzer findet „annehmen“ hier grammatisch unrichtig und schlägt an dessen Stelle „anerkennen“ vor. Ein anderer Redner erklärt, daß Akt Handlung sei und daß man von einer solchen wohl am passendsten sagen könne, sie werde aufgenommen. Ein Deputirter macht bemerklich, daß man nicht zusammengekommen sei, um sich in einen Wortstreit einzulassen. — Bei der Abstimmung erhält der von der Kommission gewählte Ausdruck „annehmen“ die Majorität. Der folgende Passus der Kommissionsvorlage ward ohne Debatte zum Beschluß erhoben. Der Satz: „Auch wir erwarten den innern Ausbau und die Vollendung der Verfassung durch die mit den Kammern im Einklange mit den Frankfurter Beschlüssen, wie dem Geiste und Bedürfnissen der Gegenwart entsprechend, festzustellenden organischen Gesetze,“ rief eine lebhafte Debatte hervor. Viele erblickten in den Worten: „im Einklange mit den Frankfurter Beschlüssen“ eine Unterordnung Preußens unter die deutsche Centralgewalt und protestiren im Namen ihrer Vereine gegen jede derartige Absicht. Hahn bedauert, daß jetzt ein großer Theil unseres Volkes gegen die Idee der deutschen Einheit lauer geworden sei, welcher noch im Frühling für dieselbe begeistert war. Er erinnert an die Unterstützung, welche der preussischen Regierung in der neuesten kritischen Zeit von Frankfurt aus zu Theil wurde und will den engsten Anschluß an Deutschland in einem Augenblicke, wo Preußens Glanz durch dasselbe sich neu beleben solle. — Auch hier müsse man der Regierung zu Hilfe kommen! Von den Gegnern der deutschen Einheit wird jedoch geltend gemacht, daß vom Frankfurter Parlamente die Vertauschung des gegenwärtigen preussischen Ministeriums mit einem volksthümlichen verfügt worden sei, und daß darin eine Bevormundung liege, gegenüber welcher das Uebergewicht Preußens in Deutschland tüchtig gewahrt werden müsse. Es wird das Amendement gestellt, statt der Worte: „im Einklange“ die denselben Gegenstand betreffenden: „mit gebührender Berücksichtigung“ aus der neuen Verfassung zu wählen. Ein anderer Antrag ging dahin, den auf die deutsche Einheit bezüglichen Passus gänzlich zu streichen. Regenbrecht spricht für Beibehaltung desselben, daß, wenn selbst Berücksichtigung gesetzt würde, man wieder in die alte Verfahrenheit

Kommen müsse, und man könne daher nicht deutlich genug den Einklang hervorheben. Bei der Abstimmung entscheidet die Mehrheit für das Commissionsgutachten.

Referent Hahn fährt mit der Vorlesung des Programms fort; unter welchen (organischen Gesetzen) wir, außer den von der Krone bereits in Aussicht gestellten, eine neue, die zahlreichen Vorlagen des Handwerkerstandes berücksichtigende Gewerbeordnung und ein Heilmathesgesetz für besonders wichtig halten! — Kopisch stellt zu diesem Sage ein Amendement in Betreff der bürgerlichen Verhältnisse. Dasselbe wird als zu lang verworfen und ein anderes an dessen Stelle kurz vor dem Schluß der Debatte eingebracht. Der Referent begründet das Commissionsgutachten, indem er darauf aufmerksam macht, wie sich die Ansicht verbreitet habe, es werde in den Kammern auf die Gewerbeverhältnisse keine Rücksicht genommen werden und wie ein großer Theil des Volkes von einer neuen Gewerbeordnung die günstigere Gestaltung seiner Lage mit Sehnsucht erwarte. Nachdem noch Manches für und wider den betreffenden Passus gesagt ist, wird derselbe in seiner Totalität angenommen. Aus der zweiten Hälfte des Programms veranlassen nur zwei Punkte längere und gründliche Debatten, über die anderen wurde zumeist ohne Debatte abgestimmt. Das absolute Veto fand nur wenige Gegner. Namentlich wies Professor Regnbrecht darauf hin, daß die Kraft und Würde der Krone von dem absoluten Veto abhängen und daß er in dem Staate dieselben Freiheiten für den König, wie für jeden andern Bürger wolle. Balzer hält diejenigen nicht mehr für konstitutionell, welche sich für das suspensive Veto erklären. Dagegen verwahrt sich Käbiger. Auch Köppl ist vom praktischen Standpunkte aus für das absolute Veto. Eine heftige Debatte knüpfte sich an den Satz der Commissionsvorlage, welcher lautet: „Wir wollen für jetzt keine Revision des Wahlgesetzes.“ Viele wollten eine Abänderung des bestehenden Gesetzes über die Urwahlen und eine Volksvertretung nach Interessen oder Ständen. Nach dem gegenwärtigen Wahlgesetze werde das Land wie ein Sandhaufen angesehen, in welchem ein Korn dem andern gleiche. Das könne nicht so bleiben, das Gesetz über die Landesvertretung müsse einer Revision unterworfen und diese Ansicht in das Programm aufgenommen werden. Kopisch spricht für die Beibehaltung der Urwahlen und findet das Unzweckmäßige des Gesetzes darin, daß den Wahlmännern zu ihren Vorberatungen nur eine Frist von 8 Tagen gestattet ist. Köppl macht wiederum den praktischen Gesichtspunkt geltend, von welchem aus man sich für Beibehaltung der Urwahlen aussprechen müsse. Erst die Erfahrung möge über die Unhaltbarkeit derselben belehren. Für jetzt müsse man auch hier konservativ sein und die bestehenden Institutionen wahren.

Krause macht bemerktlich, daß diejenigen, welche eine Abänderung des Wahlgesetzes beantragen, konservativer seien als die Krone selbst und daß die konstitutionelle Partei auch nicht einen einzigen Kandidaten in die Kammer bringen werde, wenn sie an den Urwahlen rütteln wolle. Die Annahme des Commissionsgutachtens wird mit großer Majorität beschloffen. Ueber die bürgerliche Ablosungsfrage herrschte ebenfalls eine bedeutende Meinungsverschiedenheit im Congresse; von Strachwiz warnte, das Wort Ablösung auch nur in den Mund zu nehmen, es möchte sonst wie ein Schwärmer in die Hütten der Bauern fahren, und dieselben gegen die konstitutionelle Partei in Feuer und Flammen setzen. Nichts destoweniger wird, nach Verwerfung mehrerer anderer Amendements, das von Fürst zum Beschluß erhoben. Es lautet: Für eben so wichtig halten wir die schleunige und billige Erledigung der Aufhebung und Ablösung der bürgerlichen Lasten. Nach Annahme des Programms wurden die öffentlichen Verhandlungen geschlossen. Am Montage wurden die Beratungen von 9 Uhr Morgens bis spät Abends, mit Ausschluß jeder Deffentlichkeit fortgesetzt. Vertreter waren in dem Congresse: 1. Der konstitutionelle Centralverein (durch die H. H. Köppl, Balzer, Krause, Fromberg, Köster). 2. Der B. von Ratibor (v. Lipinski, Gräff). 3. Kosel (Engels). Breslau. 4. Dhlauer Vorstadt (Wasserschleben, Wilda). 5. Matthiasbezirk (Wissowa, Sack). 6. Angerbezirk (v. Jerski, Klocke). 7. Landwehrverein (Steinbrunn, Nitsche, Löwe, Matschke). 8. Vaterl. B. zu Trebnitz (Seidel). 9. Vaterl. B. zu Breslau (Käbiger, Strachwiz, Stephan). 10. Grottkau (Gierschner, Kaschel, v. Donat, Diehs, Rother). 11. Liegnitz (Haffe, Hübner). 12. Nimpsch (Joachim, Goldfuß). 13. Vaterländisches Direktorium (Friedlieb, Erich, Kämp, Kenge). 14. Jesuitenbezirk (Scharnweber, Klopisch). 15. Gorkau (Beyer, Seiffert). 16. Verein für gesetzliche Ordnung (Ruthardt, Fürst, Hahn). 17. Doppel (Winkler). 18. Groß-Strehlitz (Neumann). 19. Hirschberg (Strauß). 20. Veteranen-Hauptverein (v. Francken, v. Fabian, Ravenstein, Wiedner, Steinhauß). 21. Löwenberg (Graf v. Poninski, Cottener). 22. Falkenberg (v. Stössel, Botta, Arndt). 23. Brieg (Steinbeck, Döring). 24. Landeshut (Oberländer). 25. Warmbrunn (Scholz, Aschenborn, Haaf). 26.

Neumarkt (Jordan, Schaubert). 27. Nikolaibeizirk (Lettgau). 28. Steinau (Graf Hoverden. 28. Strehlen (v. Wincke). 30. Striegau (v. Richtigofen). 31. Glogau (Lehmann). 32. Werderbezirk (Haase). 33. Grünberg (Löwe). 34. Jauer (Alberti).

**** Breslau, 19. Dezbr.** [Verein für gesetzliche Ordnung.] Hr. Hahn erstattet Bericht über den konstitutionellen Congreß. Die Thätigkeit desselben betraf namentlich die bevorstehenden Wahlen, und das Nähere hierüber werde die Zukunft bringen. Für heute wolle er bloß über die Prinzipien berichten, über welche der Congreß sich verständigt habe. Diese Vereinigung sei eine leichte gewesen, trotzdem daß die verschiedensten Richtungen in dem Congreß vertreten waren. Man habe im Allgemeinen erkannt, daß es gegenwärtig, wo das Land die freieste Verfassung erhalten, nur zwei Parteien geben könne: die konservative und die Umsturzpartei, die konstitutionelle und die republikanische. Die erstere müsse daher, ohne Rücksicht auf ihre verschiedenen Nuancen, zusammenhalten, um bei den Wahlen das gewünschte Ziel zu erlangen. Der Redner verlas hierauf das Programm, das die ganze konstitutionelle Partei auf dem Congreß zu dem ihrigen gemacht.

Nach Erledigung der Angelegenheit der zu vertheilenden Weihnachtsgeschenke, werden vom Vorsitzenden, Grafen Zieten, mehrere Mitglieder zur Verstärkung des Comités vorgeschlagen, und von der Versammlung angenommen. — Die Nothwendigkeit und Verstärkung des Comités motiviert Hr. Ruthardt namentlich damit, daß drei Mitglieder der Wahlen wegen, eine größere Thätigkeit werden entfalten müssen.

Hr. Hahn stellt den Antrag, mit den Vereinen in der Provinz, die sich ebenfalls für „gesetzliche Ordnung“ gebildet haben, in Verbindung zu treten. Der Antrag wird angenommen.

Hr. Trappe stellt den Antrag: Da bei den jüngsten Urwahlen viele Ungerechtigkeiten vorgekommen, und viele Wähler in Wahlbezirke eingetreten sind, wohin sie nicht gehörten — den Magistrat darauf aufmerksam zu machen und für den Wegfall solcher Mißstände bei den nächsten Wahlen Sorge zu tragen. Mehrere Redner erklärten sich dahin, diese Angelegenheit nicht in öffentlicher Versammlung zu verhandeln, und dieselbe dem Komité zu überlassen. Das Letztere wird von der Versammlung beliebt. — Die Sitzung wird hierauf geschlossen und die nächste auf Freitag 6 Uhr festgesetzt.

Nach Schluß der Sitzung nimmt Herr Graf Zieten das Wort und bittet die Versammlung, sich vor ihr über die neuerdings von der Oberzeitung gegen ihn erfolgten Angriffe zu rechtfertigen. Herr Ruthardt meint, die Person des Grafen stehe bei der Versammlung wohl so hoch, daß er sich über Angriffe der Oberzeitung nicht zu rechtfertigen brauche. Die Versammlung stimmt diesem Ausdruck bei. Herr Graf Zieten drückt seinen Dank dafür aus, und bedauert nur die Abwesenheit des Referenten der Oberzeitung in diesem Momente.

*** Haynan, 18. Dezember.** [Truppen.] Unser kleines Städtchen ist seit 8 Tagen mit einer gegen 380 Köpfe zählenden Truppenmacht versorgt. Vor 8 Tagen rückte die 3te reitende Kompagnie der 5ten Artillerie-Brigade bei uns ein und dieser folgte alsbald die 10te, 11te und 12te Kompagnie des 3ten Bataillon 7ten Landwehr-Infanterie-Regiments. Das Militär erfreut sich einer freundlichen Aufnahme Seitens des größten Theils der Bewohner.

Niederschlesische Zweigbahn.

Auf der Niederschlesischen Zweigbahn wurden im Monat November d. J. befördert:
 6242 Personen für 2749 Rtr. 3 Sgr. 11 Pf.
 8153 Pfund Gepäck Ueberfracht und 1 Equipage für 72 = 15 = — =
 105 Stück Vieh und 1 Ctr. Geflügel für 25 = 23 = — =
 18114 Ctr. Güter für 1517 = — = — =
 Dazu Einnahme an Extraordinarien mit 30 = 26 = 4 =
 Summa der Einnahme 4395 Rtr. 8 Sgr. 3 Pf.

(Breslau.) Dem Religionslehrer Kirsch ist die achte Lehrerstelle am katholischen Gymnasio zu Leobschütz übertragen, und dem Dr. med. Steinig zu Greiffenberg in Pommern die Kreis-Physikatsstelle zu Trebnitz verliehen worden. — Bestätigt wurden: der bisherige Predigamtskandidat Karl Heinrich Gustav Starcke als Pastor in Koitz, Kreis Liegnitz; der Schuladjutant Franz Grecksch als katholischer Schullehrer in Langenau und Neuborf, Kreis Gubrau; die auf sechs Jahre gewählten Kammerer und Rathmänner August Menzel zu Wartha und Karl Hertel zu Reichthal. — Der Maurermeister Pius Urban in Krauden als Agent der preussischen National-Versicherungsgesellschaft in Stettin; der Kaufmann G. A. Langke in Maltzsch als Agent der schlesischen Feuer-Versicherungsgesellschaft für Maltzsch und Umgegend bestätigt; der Feldmesser Gustav Joseph Anton Gebauer ist als solcher der Vorschrift gemäß vereidigt worden.

(Vermächtnisse.) Die Eva Bruckelt hat testamentarisch der katholischen Kirche in Polnisch-Neudorf, Mün-

sterberger Kreises, zur Anschaffung von Ornat 200 Rtlr. und zur Anschaffung einer neuen Orgel 200 Rtlr. ausgesetzt — Der am 10. Oktober d. J. in Praisniz verstorbene katholische Pfarrer Karl Scholz hat 200 Rtlr. zu dem Zwecke bestimmt, daß die Finsen jährlich an seinem Sterbetage an arme fleißige katholische Schulkinder auf Kleidungsstücke vertheilt werden sollen.

Inserate.

Seit gestern Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera 15 Personen erkrankt, 6 gestorben und 4 genesen.

Breslau, den 19. Dezember 1848.

Das königliche Polizei-Präsidium.

Programm

des National-Frauen-Vereines zu Breslau.
 Mit dem 1. Januar eröffnet der National-Frauen-Verein sein Institut zu Uebernahme und Aufträgen für Gegenstände aus allen Zweigen der weiblichen Industrie und deren Vertheilung an die Arbeiterinnen. Er hat ein Comité erwählt, das der Beurtheilung aller Arten von weiblichen Arbeiten vollkommen gewachsen ist. Da seit mehreren Decennien der Handelsstand auch diese einzige Erwerbsquelle des Frauen-Geschlechtes für sich ausgebeutet, und der spekulative Sinn der Kaufleute für weibliche Handarbeiten nur das geringste Honorar zahlt, so sind dieselben fast gänzlich in die Hände derjenigen übergegangen, die, weil sie noch anderweitige Existenzmittel besitzen, um jeden Preis zu arbeiten, gewillt sind. Eben so bezieht ein großer Theil derselben seinen Bedarf aus den Strafhäusern der Provinzen. Daß die Armen bei der entschiedensten Unzulänglichkeit ihrer Erwerbsmittel, moralisch sinken müssen, liegt auf der Hand. Der National-Frauen-Verein hält es daher für seine heiligste Pflicht, diesem Uebelstande, welcher in kurzer Zeit einen Theil der menschlichen Gesellschaft aufzulösen droht, mit den kräftigsten Waffen entgegen zu arbeiten. Dies kann nur geschehen, wenn den Arbeiterinnen ein Hülfsmittel geboten ist, wo namentlich auch denen, die aus Mangel an Bekanntheit, arbeitslos sind, ausreichende Beschäftigung und für ihre Bemühung ein verhältnißmäßiger Lohn zu Theil wird. Das Institut soll ihnen dieses Hülfsmittel darbieten, ohne dem Arbeitgeber höhere Preise, wie die betreffenden Kaufleute sie stellen, abzuverlangen. Wir fordern demnach alle Wohlgesinnten auf, unserm Vereine das größtmögliche Interesse zuzuwenden, sei es durch Arbeitsaufträge, oder durch dem Institute gütigst zugewendete einmalige oder periodische Unterstützungen. Wir legen es unsern Schwestern in der Provinz ans Herz, für die Errichtung von Zweigvereinen, als Anstöße zu unserm Centralvereine, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden. In der festen Ueberzeugung, daß der Sinn für die Hebung der weiblichen Armuth überall warm und lebhaft gepflegt wird, rechnen wir mit den freudigsten Gefühle auf die regste Theilnahme aller derjenigen, die irgendwie ein Scherzlein beizutragen im Stande sind.

Die freundlichen Arbeitsaufträge und resp. Unterstützungen, bitten wir Schmiebedrücke Nr. 44, erste Etage, bei Fräulein Teschner und Königsplatz Nr. 3 b. dritte Etage, bei Frau Dr. Pauly abgeben zu wollen.

Das Comité des National-Frauen-Vereins.

Die verehrlichen Redaktionen auswärtiger Zeitungen und Blätter werden um die baldige Aufnahme dieses Artikels höflichst ersucht.

Unsern auswärtigen Zweigvereinen wird hiermit die Reorganisation des allgemeinen demokratischen Landwehrvereins angezeigt. Die Sitzungen werden stets Mittwoch Abends 7 Uhr im goldenen Kreuz (Nikolai-Vorstadt) abgehalten. **Das Komité.**

Heute feierte die hiesige Kirchengemeinde das Fest des hundertjährigen Bestehens ihres Gotteshauses. Charlottenbrunn, den 17. Dezember 1848.

Den beiden, durch Brandunglück heimgesuchten Schwestern gewährten zum Beginn neuer Häuslichkeit innerhalb des 1ten und 2ten d. M. ungenannt 2 Rthl. Fr. St. R. Zw. 1 Rthl. Brieflich, ungen. 2 Rthl. Dial. Hst. 20 Sgr. ungen. 15 Sgr. Geh. R. R. S. 2 Rthl. S. 2 Rthl. Aus Kostenblut, Marie 2 Rthl. Fr. Ob.-Lehrer Woltereb. 1 Rthl. Fr. Nat. Hagen 1 Rthl. Aus Eschirnau, zur Erleichterung einer schweren Stunde, 5 Rthl. Fr. Rfm. Förster 1 Rthl. E. S. 1 Rthl. Fr. Kaufm. Reitsch einige schöne Wäsche. 3 Schwestern, briefl. 1 Rthl. und 4 Hemden, 4 Paar Strümpfe und ein roth und schwarzfarirtes Umschlagetuch. Fr. Marie v. Brochem 4 Rthl. Briefl. ungen. 1 Rthl. v. P. 1 Rthl. 10 Sgr. Briefl. ungen. 1 Rthl., desgl. 3 Rthl. S. S. 2 Rthl.

Sowohl für diese als für die unmittelbar empfangenen Liebesgaben statten ihren geehrten Wohlthätern hiermit öffentlich „tiefgefühlten, unaussprechlichen Dank“ schuldigst ab die zu neuer Arbeitsfreudigkeit dadurch erhobenen Schwestern Adam, Katharinenstraße Nr. 12.

Breslau, den 18. Dezbr. 1848.

Marie verehel. Pastor Rother.

Im Verlage von **W. Crüwell** in Paderborn und unter der verantwortlichen Redaktion von **Franz Böher** erscheint seit dem 1. April d. J.

Die Westfälische Zeitung

wöchentlich dreimal in Nummern von einem Bogen, nach Umständen mit Extrablättern, zum Preise von 18 Sgr. vierteljährig mit 3/4 Sgr. Portozuschlag für die Auswärtigen.

Diese Zeitung hat seit ihrem dreivierteljährigen Bestehen konsequent und ehrlich ihr Streben durchgeführt, für die Heranbildung und Herrschaft eines vernünftigen und mächtigen Volkswillens und für den Neubau eines einig festen Deutschlands zu wirken. Die konstitutionell-demokratischen Grundsätze hat sie in entschiedener aber würdiger Weise vertreten, und durch leitende Artikel, reichhaltige Original-Korrespondenzen und andere Berichte die politischen Tagesneuigkeiten in bündiger und Feder-mann verständlicher Sprache vollständig geliefert. Dadurch hat sich die Westfälische Zeitung über Erwarten zahlreiche Abonnenten und in bedeutenden Kreisen Geltung erworben. Der äußerst geringe Preis macht es auch dem Unbemittelten möglich, sich die Westfälische Zeitung zu halten. Vielen aber außerhalb der roten Erde wohnenden Westfalen ist dieses Blatt als ein getreuer und freisinniger Berichterstatter aus ihrer alten Heimat willkommen.

Bis jetzt war es bei der Stempelaufgabe, die für jedes Exemplar der mehr als dreimal erscheinenden Zeitungen 1 Thaler betrug, nicht möglich, die Westfälische Zeitung täglich erscheinen zu lassen; da der Zeitungstempel aber zu Neujahr 1849 aufhört, so erscheint sie von da ab **täglich**, mit Ausnahme des Montags, **ohne Preiserhöhung**. Bestellungen können auf allen Postanstalten gemacht werden. Bei ihrer weiten Verbreitung empfiehlt sich diese Zeitung auch zu Inseraten, welche die Zeile zu 1 Sgr. berechnet werden.

Paderborn, den 15. Dezember 1848.

W. Crüwell.

Theater-Nachricht.

Mittwoch: „Robert der Teufel.“ Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer.

Donnerstag, zum ersten Male: „Die Barrikadenbauer.“ Pöffe in einem Akt von Roderich Benedix. — Hierauf: „Der Zeitgeist.“ Pöffenpiel in 4 Akten von Raupach.

Todes-Anzeige.

Den gestern plötzlich erfolgten Tod des kgl. Begebaumeisters Schubert im Alter von 56 Jahren zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an:

Die Hinterbliebenen.
Oppeln, den 19. Dezember 1848.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Das heute Mittag 1/1 Uhr erfolgte sanfte Hinscheiden meiner theuern Gattin Emma, gebornen von Arleben-Magnus, nach vierzehnmonatlichen schweren Leiden, zeige ich allen Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an.

Glag, den 18. Dezember 1848.

von Poslau,
Hauptmann und Compagnie-Chef
im 23. Infant.-Regim.

Herrn L. H. in G.

Gruf und Glückwunsch!

Der Erinnerungs-Verein, zweite Sitzung.
u. A. w. g.

Bei **Gras, Barth u. Comp.** in Breslau ist so eben angekommen:

Der Himmel u. seine Gestirne.

Lehrbuch der Astronomie f. Schule u. Haus, bearbeitet von G. E. Seidemann.

Preis 10 Sgr.

Mit 28 Abbildungen und 1 Planetensystem. Verlag von G. A. Reichel in Waagen.

Bei **F. E. C. Leuckart** in Breslau ist so eben neu erschienen und durch jede Musikalien- und Buchhandlung zu beziehen:

Kinder-Heimath.

Sammlung leicht fasslicher Lieder für die Jugend, ein- auch zweistimmig zu singen mit Begleitung des Pianoforte. componirt von Moritz Ernemann.

Preis nur 6 Sgr.

Dem zarteren Jugendalter angemessene Lieder sind jetzt fast in jeder Familie Bedürfniss geworden; bei dem Mangel an hierzu ganz geeigneten Gesängen werden obige sehr ansprechende, den Kindern mmen trefflich angepasste Lieder ein höchst angenehmes und nützliches Geschenk für die musikalische Jugend sein. Der Preis ist, um die allgemeinste Verbreitung möglich zu machen, auf den dritten Theil des üblichen Notenpreises gestellt.

Bücher-Verkauf.

Das Brockhaus'sche Conversations-Lexicon, 7. Auflage in 12 Bänden in Halbfranzbd. wie neu, 1830.

Das Breslauer Amtsblatt von 1818 bis 1845. 28 Jahrgänge in 28 Bänden, mit Sach-Register, in Pappband, ganz neu.

Sae's ewiger Jude, illustrierte Ausgabe 1845.

10 Theile in 5 Bänden, in feinstem gepressten Einband, ganz neu, sind zu verkaufen; Schuhbrücke Nr. 36, im Comptoir das Nähere.

Sowohl unserm vollständigen

Musikalien-Verh.-Institut,

als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen

Lebibliothek

können täglich neue Teilnehmer unter

d. billigsten Bedingungen beitreten.

F. E. C. Leuckart in Breslau,

Kupferschmiedestr. 13, Schuhbrück-Str.

500 Flaschen echten Muskat-Wein

sind bei Abnahme von 10 Flaschen à 7 1/2

Sgr. Antonienstraße Nr. 4, eine Treppe,

zum sofortigen Verkauf in Kommission ge-

geben worden.

Die Buchhandlung J. Urban Kern, Junkern-Strasse Nr. 7,

empfeht zu Weihnachtszeit ihr reichhaltiges Lager von **Kinder- und Jugendschriften, Dichter- und Klassischen Werken**, in eleganten Einbänden und Miniaturausgaben, **Kalender, billigen Erdgloben, Atlanten** etc. Ein vollständiger Weihnachts-Katalog (über 8000 Werke enthaltend) steht **gratis** zu Diensten.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe des hier auf dem Lehmamm Nr. 10 belegenen, dem Ferdinand Felix v. Strachwitz gehörigen, auf 9320 Rthl. 10 Sgr. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf **den 4. Juli 1849 Vormittags 11 Uhr**

vor dem Hrn. Stadt-Gerichts-Rath Schmie del in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Laxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 25. November 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe der hier offenen Gasse Nr. 6 belegenen, den Brantweinbrenner Gottfried Schlawe'schen Erben gehörigen, auf 1488 Rthl. 7 Pf. geschätzten Grundstücks zum Zwecke der Erbtheilung haben wir einen Termin auf **den 28. März 1849, Vormittags 11 Uhr,**

vor dem Herrn Stadt-Gerichts-Rath Schmie del in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Laxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 24. November 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum notwendigen Verkaufe der hier Gartenstraße Nr. 4 und 5 belegenen, dem Kaufmann Samuel Reihoff gehörigen, auf 6895 Rthl. 13 Sgr. geschätzten Grundstücke haben wir einen Termin auf **den 22. Januar 1849, Vormittags 11 Uhr,**

vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Kießling in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Laxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 30. Juni 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf und öffentlicher Aufgebot.

Die sub Nr. 122 hier selbst belegene, dem Schuhmacher Eduard Lehmann gehörige Bürgerbesitzung, zu Folge der nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden Laxe auf 1539 Rthl. geschätzt, soll **den 2. März 1849 Vorm. 10 Uhr** an hiesiger Gerichtsstelle öffentlich verkauft werden.

Alle unbekanntes Real-Prätendenten werden zur Vermeidung der Präklusion hiermit vorgeladen.

Ferner sind folgende Hypotheken-Instrumente verloren gegangen:

- 1) vom 7. August 1767 über 29 Rthl. 6 Sgr. für die Jakob Muskall'sche Erben hier selbst haftend auf der Possession sub Nr. 122 Gattentag, Rubr. III. Nr. 1;
- 2) vom 15. December 1768 über 10 Rthl. schlesisch für die hiesige Maria-Magdalenenkirche eingetragen auf derselben Possession Rubr. III. Nr. 2. Beide Posten sollen bereits bezahlt sein;
- 3) vom 28. Juni 1837 über 50 Rthl., ausgestellt vom Bürger Johann Wyllet für die hiesige Pfarrkirchen-Fundationskasse, eingetragen auf derselben Possession Rubr. III. Nr. 4.

Alle diejenigen, welche an diese Hypotheken-Forderungen und die darüber ausgefertigten Instrumente, als Eigenthümer, Cessionarien, Pfands- oder sonstige Briefs-Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, werden aufgefordert, sich spätestens in dem anstehenden Termine zu melden und ihre Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls ihnen damit ein ewiges Stillschweigen auferlegt, die gedachten 3 Hypotheken-Instrumente für erloschen erklärt und die Posten ad 1 und 3 im Hypothekenbuche gelöscht werden.

Guttentag, den 17. October 1848.

Königliches Stadtgericht.

Zweite Generalversammlung in Angelegenheit der jüdischen Kultus-Gemeinde,

Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 6 Uhr, im Locale der Erholungs-Gesellschaft, Nikolaistraße Nr. 7.

Niederschlesische Zweigbahn.

Die am 2. Januar k. J. fälligen Zinsen unserer 4 1/2 und 5prozentigen Prioritäts-Obligationen Lit. A. und B. können schon in den Tagen vom 20sten bis 31sten dieses Monats, Vormittags von 9 bis 12 Uhr mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage, entweder

in Berlin bei dem Herrn G. J. Meyer, Heilige-Geiststraße Nr. 39 wohnhaft, oder in unserer Haupt-Kasse hier selbst, gegen Ausbändigung der Coupons, unter Beifügung eines, die Nummern und den Gelbbeitrag enthaltenden Verzeichnisses in Empfang genommen werden.

Glogau, den 12. December 1848.

Die Direction.

Durch alle königlichen Postämter und soliden Buchhandlungen ist vom 1. Januar 1849 an zu beziehen:

(Schlesische) Allgemeine Dorfzeitung.

Herausgegeben von Julius Krebs.

Diese seit Ende April in Charlottenbrunn erscheinende vielgelesene kleine Zeitung giebt im volksthümlich-launigen Tone einen wöchentlichen Ueberblick der politischen Tagesereignisse und Zustände. Der vierteljährliche Pränumerationspreis ist 7 1/2 Sgr.

Unabhängig von dieser Dorfzeitung, doch nicht ohne dieselbe zu beziehen, ist das in zeitgemäßem Sinne unterhaltende Beiblatt:

Stadt- und Dorfgeschichten.

Vierteljährlicher Pränumerationspreis ebenfalls 7 1/2 Sgr.

Kurze populäre Skizzen und Erzählungen aus dem Volksleben mit Berührung der herrschenden Zeitfragen werden als Beiträge erbeten und angemessen honorirt. Von beiden Zeitschriften werden Probeblätter auf Verlangen verabfolgt.

Kölnische Zeitung.

Bestellungen für das erste Quartal 1849

werden zeitig durch die k. Postanstalten erbeten. Preis in ganz Preußen in Folge der Aufhebung des Zeitungs-Stempels nur 1 Rthl. 17 Sgr. einschließlich Porto.

Anzeigen aller Art erlangen bei der bedeutenden Verbreitung des Blattes in ganz Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich und namentlich England die größte Oeffentlichkeit; die Zeile in Petit-Schrift oder deren Raum wird trotz der starken Auflage mit nur 20 Pf. berechnet.

Köln, im Dezember 1848.

W. Du Mont-Schauberg.

Aufforderung zum Abonnement auf die neue Königsberger Zeitung.

Die neue Königsberger Zeitung beginnt mit dem Jahre 1849 ihren zweiten Jahrgang. Durch die Märzrevolution ins Leben gerufen, hatte sie es sich zur Aufgabe gestellt, der neuen Zeit, die angebrochen war, zu dienen, die Kräfte, die unsere Provinz, und insbesondere unsere Stadt zählte, um sich zu sammeln, um einseitig selbstthätig für die Entwicklung unseres Vaterlandes wirksam zu sein, und andererseits das geistige und politische Leben Deutschlands mit unserer Provinz vermitteln zu helfen. — Wie weit es der Zeitung gelungen ist, diese Aufgabe zu erfüllen, bekundet die immer wachsende Theilnahme, die der Zeitung gezollt wird. Sie ist uns dafür Bürge, daß unsere Anstrengungen nicht vergebens waren, sie entschädigt uns für die vielen Anfeindungen, die wir unausgesetzt zu ertragen haben. — Wir werden fortfahren, im Geiste der neuen Zeit zu wirken, wir werden unausgesetzt thätig sein, den Anforderungen zu genügen, die in der Jetztzeit an eine Zeitung ersten Ranges gemacht werden, und dahin streben, daß unserm Blatte eine ehrenvolle Stellung unter den politischen Zeitschriften Deutschlands zuerkannt wird. — So entschieden auch die Zeitung die Prinzipien der Demokratie vertritt, und für sie Partei ergreift wird, so wird die Mittheilung der politischen Thatfachen durchaus unparteiisch und so ausführlich als möglich erfolgen. Wir werden bemüht sein, auch soviel als möglich Nachrichten aus Ausland zu bringen. — Unserer Provinz soll nach wie vor besondere Beachtung gezollt werden, so daß Deutschland ein reichhaltiges Bild von derselben erhalten wird.

Adolph Samter.

Einladung zum Abonnement

auf die

National-Zeitung.

Redakteur: F. Zabel. Redakteur d. Feuilleton: Th. Mügge.

Die National-Zeitung erscheint täglich, auch Montags nicht ausgenommen, in 1 1/2 bis 2 Bogen gr. Folio. Der Abonnementspreis beträgt für ganz Preußen incl. des Portozuschlages vierteljährlich 1 Thlr. 15 Sgr. Sämmtliche Postanstalten in- und außerhalb Preußens nehmen Bestellungen an.

Inserate, welche die ausgedehnteste Verbreitung finden, werden à Zeile mit 2 Sgr. berechnet. Berlin, im Dezember 1848. Expedition der National-Zeitung.

Weihnachts-Geschenk!

So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen, in Breslau und Oppeln bei Graf Barth u. Comp., in Brieg bei Ziegler, zu haben:

Handels-Lexicon

oder

Encyclopädie der gesammten Handelswissenschaften für Kaufleute und Fabrikanten.

Herausgegeben von einem Verein Gelehrter und praktischer Kaufleute.

5 Bände gr. 8. broch. 9 Thlr. Neuester eleg. geb. 9 Thlr. 20 Sgr.

Was in vielen Werken des Handels und dessen Hilfswissenschaften zerstreut ist, was irgend die Schule der Erfahrung bis auf den heutigen Tag darbot, was nur immer dem Handel und der Industrie angehört, der Kaufmannswelt in lichtvollen und gebiengenen Artikeln vor Augen zu führen, das ist der Zweck unseres Werkes.

Schon jetzt hat sich das erste und bedeutendste Organ des Handels, das Journal des österreichischen Lloyd, wie folgt ausgesprochen: „Wir haben uns beim Vergleiche der bisherigen Lieferung mit andern ähnlichen Compilationen überzeugt, daß es dieselben nicht nur an Reichthum der Gegenstände übertrifft, sondern daß bei deren Behandlung die neuesten Veränderungen überall aufs sorgfältigste berücksichtigt worden sind.“

Leipzig.

Ernst Schäfer.

In unserem Verlage ist kürzlich erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, vorrätig bei Graf, Barth und Comp. in Breslau, Herrstraße 20, in Brieg bei Ziegler, in Oppeln bei Graf, Barth und Comp.:

Schul- und Handwörterbuch der lateinischen, französischen, englischen und deutschen Sprache.

Vier Theile in Einem Bande.

- 1. Lateinisch-deutscher Theil. 2. Französisch-deutscher Theil. 3. Englisch-deutscher Theil. 4. Deutsch-lat.-franz.-engl. Theil.

Bearbeitet von

- Th. Dielis, Professor an der königl. Realschule zu Berlin. Fr. Herrmann, Professor der franz. Sprache und Literatur an der königl. Realschule zu Berlin. F. Voigt, Oberlehrer an der königl. Realschule zu Berlin.

70 Bogen Per. 8. geb. Preis 2 Thlr. 10 Sgr.

Dieses neue Lexikon erfreut sich bereits des ungetheiltesten Beifalls hiesiger und auswärtiger Schulmänner und die Zweckmäßigkeit desselben ist auch von Seiten der Kritik anerkannt. So spricht sich die Darmst. Schulzeitung in Nr. 146, folgendermaßen über dieses Werk aus: „Ein sehr zeitgemäßes, wohl durchdachtes und gut ausgeführtes Unternehmen, auf welches wir namentlich alle Lehrer der neueren Sprachen an Real- und höheren Bürgerschulen aufmerksam machen! Denn soll der Sprachunterricht in diesen Anstalten wirklich geistbildend werden, so muß die Sprachvergleichung überwiegende Berücksichtigung erfahren und müssen die Schüler zu dieser schon früh angeleitet werden.“

Bei allen diesen Vorzügen ist dieses neue Wörterbuch zugleich das billigste unter allen vorhandenen. Alle vier Sprachen 70 Bogen Per. 8. kosten zusammen nur 2 Thlr. 10 Sgr. Duncker und Humblot in Berlin.

In der Buchhandlung von Graf, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln ist zu haben, in Brieg bei Ziegler:

M. Mayor (Oberchirurg in Lausanne), das medicinische Hausbad ohne Badewanne,

das wirksamste, einfachste und wohlfeilste Heilmittel gegen eine große Anzahl von Krankheiten. Eine neue Erfindung zum Besten der leidenden Menschheit, besonders der ärmern Volksklassen. — Deutsch von Dr. W. Weisenborn. 12 1/2 Sgr.

Durch diese Bäder ohne Badewanne ist ein unberechenbarer Fortschritt in der Medicin und Chirurgie gewonnen, dessen Heilsamkeit und Gemeinnützigkeit selbst die vielgepriesenen Systeme der Homöopathie und Hydropathie weit übertrifft und seine segensreichen Wirkungen allen, selbst den ärmsten Klassen, spenden wird. Der Name des in ganz Europa berühmten Verfassers bürgt dafür, daß hier nicht von einer gewöhnlichen Charlatanerie die Rede ist.

In der Halberger'schen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätig: in Breslau und Oppeln bei Graf Barth und Comp., in Brieg bei Ziegler:

Die algebraische Auflösung der Gleichungen des fünften und sechsten Grades.

Von Dr. Anton Müller,

ordentl. Professor der Mathematik und Astronomie an der Universität in Zürich. 4. br. 1 Thlr. 18 Sgr. oder 2 Fl. 42 Kr.

Zu Weihnachts-Geschenken für Herren!

empfehlen wir vorzüglich gute Cigarren in eleganten Verpackungen. Nahner, Stern u. Comp., Ring Nr. 60, Ecke der Oberstraße. Cigarren-Requisiten in schönster Auswahl zu Fabrikpreisen.

Auffallend billig.

Um mit mehreren ältern Herren Garderobe-Sachen, als seidnen Halstüchern, Shawls, Westen in Wolle, Sammt und Seide, gänzlich bis Weihnachten zu räumen, verkaufe dieselben bedeutend unter dem Selbstkostenpreis.

H. Dienstfertig,

Ring- und Albrechts-Strassen-Ecke Nr. 59.

In Olmütz und Kremsier erscheint:

Oesterreichischer Correspondent, und das Reichstagsblatt als Gratisbeilage.

Der österreichische Correspondent hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens, mit einem Absatze von 4000 Exemplaren, bereits zu einem der gelesensten Journale in Oesterreich erhoben. Wir schreiben diesen glänzenden Erfolg nur der konsequent durchgeführten Tendenz zu, welche dem entschieden aber besonnenen Fortschritte huldigt.

Wir werden fortwährend bemüht sein, innerhalb dieser Tendenz, den politischen Gehalt dieses Blattes zu jener Höhe zu steigern, auf welcher die bedeutendsten Journale Oesterreichs und Deutschlands stehen und hoffen dieses um so mehr, als mehrere der hervorragenden Mitglieder des Reichstags uns ihre fortgesetzte Mitwirkung zugesichert haben, und der Kreis unserer Correspondenten sich nun ebenfalls nicht allein über alle Provinzen der Monarchie, sondern auch die vorzüglichsten Städte Europas verbreitet hat.

Vom neuen Jahre an werden wir auch in der äußern Form jene Verbesserungen und Erweiterungen eintreten lassen, welche die Ansprüche an ein großes Journal befriedigen.

Den Abonnenten des Correspondenten wird das in Kremsier wenige Stunden nach jeder Sitzung erscheinende, fast stenographisch genaue Reichstagsblatt gratis gegeben. Die Pränumeration kann bei allen k. k. Postämtern, Buchhandlungen und in folgenden Expeditionen geschehen:

Olmütz, mittlere Piltten Nr. 572.

Brünn, bei Herrn J. Drucker, Schwarzaberggasse Nr. 482.

Kremsier, in der Fälsbuchhandlung des Herrn Hölzel.

Wien, in der Expedition des Lloyd, Grünangergasse Nr. 850.

Der Pränumerationsbetrag ist vierteljährig 3 Fl., — halbjährig 6 Fl., — ganzjährig 12 Fl., wofür den Pränumeranten diese Zeitung täglich mit der Briefpost portofrei zugesendet wird. In den Expeditionen, bei welchen auch monatliches Abonnement angenommen wird, beträgt es für einen Monat 50 Kr., — vierteljährig 2 Fl. 30 Kr., — halbjährig 5 Fl., — ganzjährig 10 Fl. C.-M.

Auf das Reichstagsblatt allein wird keine Pränumeration angenommen. Selbstbriefe erbittet man unter der Bezeichnung „in Zeitungssachen“.

Insertionen werden auf das Billigste berechnet, und durch die bezeichneten Expeditionen oder per Post erbeten.

Seidene Mäntel und Bournusse von Taffet, Moirée, Atlas und Satin Rosa, eben so eine große Auswahl Kinder-Mäntel empfiehlt auffallend billig:

H. Dienstfertig.

Donnerstag den 21. d., Verein der Bresl. ev. Lehrer. Beamten-Wahl.

Werde-Auktion.

Am 20. d. M. früh 9 Uhr sollen am Exercierplatze auf dem Bürgerwerder mehrere für den Artilleriebetrieb nicht mehr brauchbare königl. Pferde gegen sofortige Bezahlung meistbietend verkauft werden. Breslau, den 18. Dezbr. 1848.

Major und Abtheil.-Kommandeur. vom Berge.

Auktion.

Heute Nachmittag um 2 Uhr wird die Auktion von Schnittwaaren, Schleiern, Lächeren u. c. am Ringe in der Krone fortgesetzt.

Flügel-Auktion.

Morgen Donnerstag den 21sten d. Mts. werde ich Vormittags 12 Uhr im alten Rathhause, eine Treppe hoch, zwei 7-octavige Flügel von Birkenholz öffentlich versteigern. Saul, Auktions-Kommissarius.

5 Rthl. Belohnung.

Am 18. d. Mts. hat sich ein großer, braun und weiß getigelter Hühnerhund wahrscheinlich verlaufen; er ist 3 Jahr alt; ganz brauner Kopf und drei große braune Flecke auf dem Rücken. Der Wiederbringer erhält obige Belohnung Königsplatz Nr. 4.

Anzeige.

Der Haushälter Franz Bund ist nicht mehr in meinen Diensten. Breslau, den 19. Dezember 1848. Carl Schmidt, Hutfabrikant.

Offener Posten für einen tüchtigen, zuverlässigen, unverheiratheten Rechnungsführer oder Buchhalter, Tralles, Messergasse Nr. 39.

Für Damen zu Festgeschenken!

empfehle ich eine Auswahl der feinsten Kränze und Ballblumen zu billigen Fabrikpreisen.

Auguste Neumann,

Blumenfabrik, Taschenstr. Nr. 6, 1. Etage.

Billig zu verkaufen sind mehrere gute, gebrauchte Möbel, als: Sophas, Kommoden, Servanten u. c., wobei 2 Ausziehtische und einige moderne Nähtische; Näheres Mäntelgasse Nr. 2 beim Wirth.

Neue Rhein-, Roth- und Champagner-Weinflaschen, ganze und halbe, sind billigst nachzuweisen: Elfsabet-Strasse Nr. 15, im Gewölbe.

Wintergarten.

Heute großes Konzert. Entrée 5 Sgr. Anfang 3 Uhr. Den geehrten Sonntag- und Mittwoch-Abonnenten ist bei Vorzeigung der Abonnement-Karte der Eintritt für 2 1/2 Sgr. gestattet.

Eine gute Belohnung

demjenigen, welcher ein am 18ten d. Mts. Nachmittags auf der Klosterstraße verloren gegangenes weiß und braun gestreiftes kleines Hundchen, Nikolaistraße Nr. 48 bei dem Conditior G. Winkner abgibt.

Schiebelampen,

eigener Fabrik, mit Garantie der Brauchbarkeit und Solidität, empfiehlt zu den billigsten Preisen im Einzelnen wie im Duzend: F. Oelsner, Gürtler, Kupferschmiede-Strasse Nr. 10.

Ein Gasthof, in der Nähe einer Kreisstadt, ist zu vermieten oder zu verkaufen; Näheres Schuhbrücke Nr. 5 im Comtoir.

Zu Festgeschenken

empfehle ich die neuesten Bijouterie-, Gold- und Silberwaaren, zu möglichst billigen Preisen.

Eduard Joachimsohn, Blücherplatz Nr. 18, 1. Etage.

Schuhbrücke Nr. 8, goldene Waage, ist eine nach dem Hofe gelegene freundliche und anständige Wohnung von 2 Stuben, Kabinett, Küche und Zubehör ab Ostern 1849 zu beziehen.

Große, seidene, ostindische Taschentücher zu 25 Sgr. und 1 Rthl. das Stück, in den schönsten Mustern, empfiehlt: A. Scheche, Ohlauerstr. Nr. 83.

Es wird ein junges Wachtelhündchen, achter Race, männlichen Geschlechts, bald zu kaufen gewünscht. Näheres Wallstraße Nr. 4 beim Kassendiener Gärtner.

Gute Flügel stehen billig zu verkaufen und zu verleihen: Nikolaistraße Nr. 43, 1. Etage.

Zu vermieten

und Ostern zu beziehen sind Karlsstraße Nr. 30 im Hofe mehrere mittlere Wohnungen; das Nähere daselbst beim Haushälter.

Taschenstraße Nr. 20 ist der erste Stock so wie im zweiten Stock die Hälfte zu vermieten und sofort zu beziehen; auch ist daselbst eine gebrauchte Mangel zu verkaufen. Näheres beim Wirth.

